

GI Rechtsprechungs- änderung / BFH

Erste Entscheidung des Bundesfinanzhofs zur steuerlichen Behandlung des Wettbewerbsverbotes / vGA

Der Bundesfinanzhof (BFH) bearbeitet z. Zt. zahlreiche Verfahren, die die steuerliche Behandlung des Wettbewerbsverbotes betreffen. In einem Verfahren ist der zwischenzeitlich erlassene Gerichtsbescheid durch Antrag auf mündliche Verhandlung angefochten worden. Das Bundesministerium der Finanzen ist beige- treten. In dem anderen Verfahren I R 155/94 war auf mündliche Verhandlung verzichtet worden. Deshalb entschied der BFH am 30.8.1995 durch Urteil.

Das entschiedene Verfahren betrifft den Allein-Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH, die den Abschluß von Grundstücksgeschäften betrieb. Der Geschäftsführer erbt von seiner Mutter Grundvermögen, das er bebaute und später verkaufte. Das Finanzamt und das Finanzgericht sahen hierin einen Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot des Gesellschafter-Geschäftsführers und rechneten den erzielten Veräußerungsgewinn der GmbH zu. Der BFH hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Finanzgericht zurück.

Der BFH geht nunmehr davon aus, daß die verdeckte Gewinnausschüttung keine geeignete Rechtsgrundlage sei, um Geschäfte, die für Rechnung des Gesellschafter-Geschäftsführers getätigt worden seien, der GmbH zuzurechnen. Insoweit hat er seine bisherige Rechtsprechung geändert. Bezüglich der Zivilrechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsverbot schließt der BFH sich der Rechtsprechung des BGH an, die ein Wettbewerbsverbot für den Alleingesellschafter einer GmbH verneint. Steuerlich gesehen führt die konkurrierende Tätigkeit eines Gesellschafter-Geschäftsführers nur dann zu einer verdeckten Gewinnausschüttung seiner GmbH, wenn der Gesellschafter-Geschäftsführer Informationen oder Geschäftschancen der GmbH nutzt, für deren Überlassen ein fremder Dritter ein Entgelt zahlen würde.

Es kann damit gerechnet werden, daß der BFH in den noch anhängigen Verfahren zu weiteren Rechtsfragen aus dem Bereich der steuerlichen Behandlung eines Wettbewerbsverbotes Stellung nehmen wird. Die jetzt ergangene Entscheidung ist zur amtlichen Veröffentlichung bestimmt.

(Pressestelle des Bundesfinanzhofs v. 23.11.1995)

GI Leitsätze

Fristenkontrolle / Namens- gleichheit / Organisationsmangel

Werden im Anwaltsbüro unterschiedliche Verfahren namensgleicher Parteien geführt, so stellt das Fehlen einer Anordnung, zur Kennzeichnung eines Aktenvorgangs im Fristenkalender hier außer den Parteinamen noch einen unterscheidenden Zusatz anzubringen, einen anwaltlichen Organisationsmangel dar. (BGH, *Beschl.v. 22. 6. 1995 – LwZB 1/95*)

Honorarrechnung / Unterschrift / Mitarbeiter

Die gemäß § 9 I StBGebVO erforderliche Unterschrift auf der Rechnung eines Steuerberaters kann nicht durch diejenige eines (auch anwaltlichen) Mitarbeiters der Steuerberatergesellschaft ersetzt werden, wenn dieser nicht selbst Steuerberater ist.

(OLG Köln, *Urt.v. 7.1.1994 – 20 U 107/93 – rkr. – StB 1995, 229*)

Fürsorgepflicht des Gerichts- Vorsitzenden / Prozeßverant- wortung des Bevollmächtigten

Die Fürsorgepflicht nach § 76 Abs. 2 FGO beschränkt sich im Regelungsbereich des Klageantrags. § 76 Abs. 2 FGO ist daher nicht verletzt, wenn sich in einem von Anfang an auf eng umgrenzte, aber wechselnde Rechtsfragen beschränkten Rechtsstreit der Prozeßbevollmächtigte nicht bereit oder nicht in der Lage sieht, sich auf ein Klageziel festzulegen.

(BFH, *Beschl.v. 27.12.1994 – X B 289 – 292/93 – BFH/NV 1995, 703*)

Steuerberaterhaftung

- Sekundäranspruch
 - Kenntnis des Mandanten
 - Anerkenntnis durch Sozius
- (BGH, Urt. v. 28. 9. 1995 – IX ZR 227/94)

Leitsatz:

a) Wird der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung wegen der Frage, ob der Steuerberater ihm durch einen Fehler einen Schaden zugefügt hat, anwaltlich vertreten, so entfällt die Pflicht des Steuerberaters, den Mandanten auf die durch seinen Fehler eingetretene Schädigung und die kurze Verjährung nach § 68 StBerG hinzuweisen; das gilt auch, soweit der Steuerberater schon vorher Anlaß zur Prüfung der Regreßfrage hatte.

b) Die Erklärung des Mitglieds einer Steuerberatersozietät, durch die die Verjährung eines Schadenersatzanspruchs des Mandanten unterbrochen oder eingeschränkt wird, wirkt regelmäßig auch gegenüber der Gesamthand sowie den persönlich auf Erfüllung des Schadenersatzanspruchs haftenden anderen Mitgliedern der Sozietät.

Tatbestand:

Der Kläger war Gesellschafter und Geschäftsführer der F.M. GmbH (im folgenden: F.GmbH), über deren Vermögen inzwischen das Konkursverfahren eröffnet worden ist. Die damals aus den Beklagten zu 2) und 3) bestehende Steuerberatersozietät, deren Tätigkeit inzwischen von der Beklagten zu 1), einer GmbH, übernommen worden ist, war beauftragt, für jene Gesellschaft die Finanzbuchhaltung zu führen und die Jahresabschlüsse aufzustellen. Diese Arbeiten erledigte der Beklagte zu 3). Im Jahre 1987 wurden andere Steuerberater mit der Überprüfung und Korrektur der Arbeiten beauftragt. Der Kläger hat mit der Behauptung, der Konkursverwalter der F.GmbH habe ihm die Ansprüche

abgetreten, die Beklagten auf Ersatz der Überprüfungs- und Korrekturkosten in Anspruch genommen. Das Landgericht hat die Klage insgesamt abgewiesen. Das Berufungsgericht hat die Berufung des Klägers durch Teilurteil zurückgewiesen, soweit sich die Klage gegen die Beklagten zu 1) und 2) richtet. Mit der Revision verfolgt der Kläger insoweit den Klageanspruch weiter.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

1. Das Berufungsgericht, das festgestellt hat, daß der Konkursverwalter der F.GmbH dem Kläger etwaige Schadenersatzansprüche dieser Gesellschaft gegen die Beklagten abgetreten hat, hat die gegen die Beklagten zu 1) und 2) gerichtete Klage wegen Verjährung abgewiesen. Es hat – rechtsfehlerfrei und unangegriffen – angenommen, der gesamte vom Kläger geltend gemachte Schaden sei spätestens Anfang Mai 1988 entstanden. Deshalb, so hat es weiter ausgeführt, sei die dreijährige Verjährungsfrist nach § 68 StBerG abgelaufen gewesen, als der den Rechtsstreit einleitende Mahnbescheidantrag v. 17. 5. 1991 beim Amtsgericht eingereicht worden sei. Ein etwaiger Schadenersatzanspruch, der sich daraus ergeben könnte, daß die Beklagten den Kläger nicht auf die drohende Verjährung hingewiesen hätten, bestehe deswegen nicht, weil der Kläger bereits vor Ablauf der Verjährungsfrist anwaltlich beraten gewesen sei; dies ergebe ein Schreiben seiner erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten vom 13. 9. 1988.

Das Berufungsgericht hat sein klageabweisendes Teilurteil auf die Beklagten zu 1) und 2) beschränkt, weil der Kläger behauptet hat, der Beklagte zu 3) habe anläßlich einer Besprechung am 17. 5. 1988 erklärt, er stehe für etwaige den Beklagten bis einschließlich 1986 unterlaufene Fehler gerade.

2. Die Revision greift diese rechtliche Beurteilung insoweit zu Unrecht an, als es um den sogenannten **Sekundäranspruch** geht. **Der Steuerberater ist ebenso wie der Rechts-**

anwalt, wenn er vor Ablauf der Verjährungsfrist begründeten Anlaß zur Prüfung hat, ob er dem Mandanten durch einen Fehler einen Schaden zugefügt hat, und wenn er dabei eine hierdurch eingetretene Schädigung des Mandanten erkennen muß, verpflichtet, hierauf und auf die kurze Verjährungsfrist hinzuweisen (BGHZ 83, 17, 22 ff = GI 8/82; *Senatsurt. v. 11. 5. 1995 – IX ZR 140/94, GI 95, 169 = WM 1995, 1450, 1452 m.w.N., zum Abdruck in BGHZ bestimmt*). Wird diese Pflicht schuldhaft verletzt, so steht dem Geschädigten der sogenannte Sekundäranspruch zu. Er ist dann so zu stellen, als wäre die Verjährung des Primäranspruchs nicht eingetreten. Wird der Mandant jedoch **rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung wegen der Haftungsfrage anwaltlich beraten oder erhält er auf anderem Wege von dem Schadenersatzanspruch und dessen Verjährung Kenntnis, dann entfällt jene Belehrungspflicht, und zwar auch, soweit der Steuerberater schon vorher Anlaß zur Prüfung der Regreßfrage hatte**. Die Hinweispflichten eines mit der Prüfung von Regreßansprüchen betrauten Rechtsanwalts treten an die Stelle derjenigen des Beraters, der die zum Schadenersatz verpflichtende Handlung begangen hat; **der Mandant ist dann durch die Haftung des (neuen) Anwalts hinreichend gesichert** (*Senatsurt. v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91, GI 92, 71 = WM 1992, 579, 581 f u. v. 11. 5. 1995 a.a.O. m.w.N.*).

Im vorliegenden Fall war, wie sich aus dem insoweit übereinstimmenden Vortrag der Parteien ergibt, der Kläger bereits bei der schon erwähnten Besprechung vom 17. 5. 1988 anwaltlich vertreten. Dabei ging es auch um etwaige Regreßansprüche des Klägers gegen die damalige Sozietät der Beklagten zu 2) und 3). Das zeigt gerade die vom Kläger behauptete Erklärung des Beklagten zu 3), er stehe für etwaige Fehler gerade. Der Beklagte zu 3), der zu jenem Zeitpunkt erstmals Anlaß zur Prüfung hatte – etwas anderes ist insoweit nicht vorgetragen –, ob dem Kläger gegen die Sozietät ein Schadenersatzanspruch zustand, war deshalb von vornherein nicht verpflichtet, noch seinerseits den Kläger auf den möglicherweise bestehenden Regreßanspruch und dessen Verjährung hinzu-

weisen. Das Berufungsgericht durfte aber auch das Schreiben der Anwälte des Klägers vom 13. 9. 1988, mit dem bereits ein bezifferter Schadenersatzanspruch mit Fristsetzung und Klageandrohung geltend gemacht wurde, seiner Beurteilung zugrunde legen. Spätestens ab Zugang dieses Schreibens bestand, wie das Berufungsgericht zu Recht ausgeführt hat, ein Belehrungsbedürfnis des Klägers nicht mehr.

3. Die Revision wendet sich jedoch zu Recht dagegen, daß das Berufungsgericht der vom Kläger behaupteten Erklärung des Beklagten zu 3) v. 17. 5. 1988 für die gegen die Beklagten zu 1) und 2) gerichteten Ansprüche keine rechtliche Bedeutung beigemessen hat.

a) Hiernach soll sich der Beklagte zu 3) in dem Sinne geäußert haben, daß er für etwaige den Beklagten unterlaufene Fehler aus der Zeit bis einschließlich 1986 geradestehe. Das Berufungsgericht will dies offenbar, soweit es um die Ersatzverpflichtung des Beklagten zu 3) persönlich geht, als verjährungsunterbrechende oder -einschränkende Erklärung werten; denn es hat anscheinend aus diesem Grunde die Berufung – nur – hinsichtlich der gegen den Beklagten zu 3) gerichteten Klage bisher nicht zurückgewiesen.

Die Revisionserwiderung meint, das sei rechtsfehlerhaft, weil wegen der Beschränkung des Schuldeingeständnisses auf „etwaige“ Fehler in jener Erklärung nicht die für ein Anerkenntnis im Sinne des § 208 BGB erforderliche eigene Überzeugung vom Bestehen der Schuld zum Ausdruck komme. Dieser Einwand der Revisionsbeklagten ist nicht begründet. Es trifft zwar zu, daß **ein Anerkenntnis nur vorliegt, wenn sich aus dem Verhalten des Schuldners das Bewußtsein seiner Verpflichtung eindeutig ergibt. Entscheidend ist jedoch, ob der Berechtigte darauf vertrauen darf, daß sich der Schuldner nicht nach Ablauf der Verjährungsfrist alsbald auf Verjährung berufen wird** (BGH, *Urt. v. 30. 9. 1993 – VII ZR 136/92, NJW-RR 1994, 373*). Im vorliegenden Fall kann die Äußerung des Beklagten zu 3) möglicherweise auch so zu verstehen gewesen sein, daß er bis zu einem bestimmten Zeitpunkt – etwa bis zum Abschluß einer Überprüfung der Rechts-

lage durch seine eigenen Rechtsberater – auf die Erhebung der Verjährungseinrede „verzichtet“ (vgl. BGH, Urt. v. 21.12.1989 – IX ZR 234/88, WM 1990, 695, 699 und v. 26.5.1994 – IX ZR 57/93, GI 94, 259 = WM 1994, 1848, 1849; Münch-Komm-BGB/von Feldmann, 3. Aufl. § 225 Rdnr. 3). Welchen Inhalt die vom Beklagten zu 3) seinerzeit abgegebene Erklärung aus der Sicht des Klägers und der diesen damals vertretenden Anwälte hatte und welche Folgen sich daraus für den Lauf der Verjährungsfrist ergeben, ist in erster Linie eine Tatsachenfrage, die zunächst das Berufungsgericht zu beurteilen haben wird. Dieses hat hierzu bereits einen Teil der angetretenen Beweise erhoben, ohne daß insoweit bislang eine abschließende tatrichterliche Würdigung stattgefunden hätte. Für die Rechtsprüfung in der Revisionsinstanz ist deshalb davon auszugehen, daß die Verjährungsfrist bei Einreichung der Mahnbescheidanträge am 17.5.1991 noch nicht abgelaufen war. Damit wäre die Verjährung rechtzeitig unterbrochen worden. Die Mahnbescheide sind zwar erst am 12.6.1991 zugestellt worden. Der Kläger hat aber durch seine Anwälte die ihm vom Amtsgericht mit Verfügung vom 22.5.1991 erteilte Auflage, die „Anlagen“, auf die in den drei einzelnen Mahnbescheidanträgen zur näheren Bezeichnung der jeweils anderen beiden Beklagten als Mitverpflichteten Bezug genommen war, nachzureichen, mit einem am 31.5.1991 bei Gericht eingegangenen Anwaltsschriftsatz rechtzeitig (vgl. BGH, Urt. v. 1.12.1993 – XII ZR 177/92, NJW 1994, 1073 f) dadurch erfüllt, daß er die drei Beklagten als in Anspruch genommene Gesamtschuldner – nochmals – aufgeführt hat. Die Zustellung der Mahnbescheide ist danach „demnächst“ im Sinne des § 693 Abs. 2 ZPO bewirkt worden.

b) Das Berufungsgericht hat offenbar angenommen, eine vom Beklagten zu 3) am 17.5.1988 abgegebene, für die Verjährungsfrage erhebliche Erklärung sei nur für die Verjährung der gegen ihn selbst gerichteten Forderung bedeutsam und habe keine Wirkung hinsichtlich der Ansprüche gegen die Beklagten zu 1) und 2). Dies trifft indessen nach dem für die Revisionsinstanz zugrunde zu legenden Sachverhalt nicht zu. **Verjährungsunterbre-**

chende oder -einschränkende Erklärungen können auch durch einen Bevollmächtigten des Schuldners abgegeben werden (für das Anerkenntnis im Sinne des § 208 BGB vgl. BGH, Urt. v. 17.3.1970 – VI ZR 148/68, NJW 1970, 1119; BGB-RGRK/Johannsen, 12. Aufl. § 208 Rdnr. 4). Eine freiberufliche Sozietät, wie die Beklagten zu 2) und 3) sie als Steuerberater eingegangen waren, ist rechtlich eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Deren Mitglieder können zwar nach den §§ 714, 709 Abs. 1 BGB die Gesamthand grundsätzlich nur gemeinschaftlich vertreten. Diese Regelung ist aber, wie § 710 BGB zu entnehmen ist, nicht zwingend; der Gesellschaftsvertrag kann ausdrücklich oder stillschweigend etwas anderes bestimmen. **Aus der Eigenart einer Steuerberatersozietät ergibt sich, daß nach außen hin, soweit es um das Verhältnis zu den Mandanten geht, jeder Sozius befugt ist, für die Gesellschaft zu handeln und damit diese zu berechtigen und zu verpflichten. Das gilt nicht nur für die Annahme eines Mandats** (vgl. für die Anwaltssozietät BGHZ 56, 355, 359), **sondern grundsätzlich für jede Maßnahme, die der einzelne Anwalt oder Steuerberater im Rahmen der Mandantenbetreuung ausführt.** Begeht er dabei einen den Mandanten schädigenden Fehler, dann haftet nicht er allein, sondern die Gesamtheit als solche auf Schadenersatz. Daraus wiederum folgt, daß für ein zum Schadenersatz verpflichtendes Verhalten eines Sozius auch die anderen persönlich haften (BGHZ 56, 355, 361 ff; BGHZ 70, 247, 248 f), denn jedenfalls bei Erwerbsgesellschaften werden durch rechtsgeschäftliches Handeln für die Gesellschaft nicht nur die Gesamthand, sondern auch die einzelnen Gesellschafter mit ihrem Privatvermögen verpflichtet (vgl. MünchKomm-BGB/Ulmer, 2. Aufl. § 714 Rdnr. 30 m.w.N.).

Jede Pflichtwidrigkeit und jede sonstige Maßnahme eines Sozius wirken damit zugleich für und gegen jeden anderen Gesellschafter (Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht 1989 Rdnr. 314). **Für die sich daraus neben der Gesamthandschuld ergebenden persönlichen Verpflichtungen der einzelnen Mitglieder der Sozietät gilt grundsätzlich nicht § 425 BGB** (BGHZ 56, 355, 362; Münch-

Komm-BGB/Ulmer a.a.O. § 714 Rdnr. 39; Kornblum, BB 1973, 218, 226). Das hat auch **Bedeutung für verjährungsunterbrechende oder -einschränkende Erklärungen oder Handlungen auf der Schuldnerseite.** Ein derartiges Verhalten eines Sozietätsmitglieds wirkt grundsätzlich auch gegenüber der Gesamthand sowie den persönlich auf Erfüllung des Schadenersatzanspruchs haftenden anderen Mitgliedern der Sozietät. Das hindert den dem Mandanten gegenüber auftretenden Steuerberater freilich nicht, sein Verhalten auf seine eigene Verbindlichkeit zu beschränken und deutlich zu machen, daß es nur für ihn persönlich und nicht für etwaige Ansprüche gegen seine Kollegen gelten solle. Eine solche Einschränkung muß aber in einer entsprechenden Erklärung oder aufgrund der Besonderheit der konkreten Umstände für den Mandanten deutlich hervortreten.

Im vorliegenden Fall ist auf dieser rechtlichen Grundlage für die Revisionsinstanz davon auszugehen, daß die behauptete Erklärung des Beklagten zu 3) auch die Verjährung der gegen den Beklagten zu 2) und die damals von ihnen gebildete Gesamthand beeinflußt hat. Daß der Beklagte zu 3) bei jener Äußerung die Ich-Form verwendet hat, rechtfertigt für sich allein eine Beschränkung ihrer Wirkung auf ihn persönlich nicht. Da Aktivvermögen und Schulden der Gesamthand auf die Beklagte zu 1) als Rechtsnachfolgerin übergegangen sein sollen, ist für das Revisionsverfahren weiter anzunehmen, daß dem Kläger der Klageanspruch auch gegen diese Beklagte unverjährt zusteht.

4. Die Sache ist an das Berufungsgericht zurückzuverweisen, damit zum Inhalt der Äußerung des Beklagten zu 3) vom 17.5.1988 die bislang fehlenden tatsächlichen Feststellungen getroffen werden können. Die Beklagte zu 1) erhält dadurch Gelegenheit, ihre Einwendungen zur Frage ihrer Passivlegitimation dem Berufungsgericht vorzutragen. Sodann wird dieses auch hierzu – gegebenenfalls nach ergänzendem Vortrag des insoweit darlegungsbelasteten Klägers – die erforderlichen tatsächlichen Feststellungen zu treffen haben.

Kenntnis des Steuerrechts

- Steuerfreie Rücklage, § 3 Abs. 1 ZRFG
 - Verwaltungsübung
 - Ermessensentscheidung
- (BGH, Urt.v. 28. 9. 1995 – IX ZR 158/94)

Leitsätze:

1. Ist eine feste Verwaltungsübung der zuständigen Finanzbehörden einem steuerlichen Berater bekannt oder muß er sie kennen, handelt er pflichtwidrig, wenn er sie bei seinen steuerlichen Empfehlungen und Belehrungen nicht berücksichtigt. Dies gilt auch dann, wenn er diese Übung persönlich für rechtswidrig hält und dies objektiv zutrifft.

2. Läßt ein steuerlicher Berater eine ständig geübte Verwaltungspraxis zur Wirtschaftsförderung, pflichtwidrig und schuldhaft außer acht, hat er dem Mandanten für die daraus erwachsenden Nachteile einzustehen, auch wenn die Verwaltungsübung gegen Ermessensrichtlinien verstößt.

Tatbestand:

Die Klägerin betreibt in T., Landkreis P. (Zonenrandgebiet), eine Fensterfabrik. Sie verlangt von dem Beklagten, einem Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer, der sie steuerlich berät, Schadenersatz, weil er es für die Jahre 1986 bis 1988 pflichtwidrig unterlassen habe, ihr die Bildung steuerfreier Rücklagen gemäß § 3 Abs. 1 des Zonenrandförderungsgesetzes (ZRFG) anzuraten. Dieses Versäumnis habe zur Folge gehabt, daß die Einkommen- und Gewerbesteuer und die Vorauszahlungen hierauf zu hoch festgesetzt worden seien. Dadurch seien Zinsverluste entstanden.

Die Klägerin hat diese zuletzt noch in Höhe von 299.465 DM geltend gemacht. In den Vorinstanzen hatte die Klage keinen Erfolg. Mit ihrer Revision verfolgt die Klägerin ihr Begehren weiter.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

I.

Nach Ansicht des Berufungsgerichts hat der Beklagte seine Pflichten aus dem Beratungsvertrag nicht verletzt. Der Beklagte habe sich nach den einschlägigen steuerrechtlichen Vorschriften richten dürfen und müssen. Diese hätten der Klägerin keinen Anspruch auf Anerkennung steuerfreier Rücklagen gewährt. Wenn das zuständige Finanzamt P. – entgegen der Rechtslage – in ständiger Praxis anders entschieden habe und auch etwaigen Anträgen der Klägerin stattgegeben hätte, könne diese daraus nichts für sich herleiten.

Denn es gebe keinen Anspruch auf Gleichbehandlung im Unrecht. Im übrigen habe die Klägerin den geltend gemachten Schaden nicht substantiiert vorgetragen.

II.

Dagegen wendet sich die Revision mit Erfolg.

1. Das Berufungsgericht hat eine Pflichtverletzung des Beklagten rechtsfehlerhaft verneint.

a) Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts war **Inhalt des dem Beklagten erteilten Auftrages** unter anderem die Beratung der Klägerin über steuerliche Möglichkeiten zur Förderung der von ihr im Zonenrandgebiet geplanten und durchgeführten Investitionen. Kraft dieses Auftrages hatte der Beklagte die Interessen der Klägerin bestmöglich zu wahren, sie umfassend steuerlich zu beraten und ihr insbesondere den relativ sichersten Weg aufzuzeigen, wie sie die Vergünstigungen des Zonenrandförderungsgesetzes erlangen konnte (BGHZ 89, 178, 181; BGH, Urt. v. 3.12.1992 – IX ZR 61/92, GI 93, 79 = NJW 1993, 1137, 1138; v. 3.6.1993 – IX ZR 173/92, GI 93, 303 = NJW 1993, 2799, 2800; v. 8.7.1993 – IX ZR 242/92, NJW 1993, 2676; v. 10.2.1994 – IX ZR 109/93, NJW 1994, 1472; v. 9.6.1994 – IX ZR 125/93, GI 95, 21 = NJW 1994, 3295, 3297; zur Belehrung über die Möglichkeiten einer Steuerersparnis vgl. insbesondere BGH, Urt. v. 7.11.1991 – IX ZR 288/90,

GI 92, 175 = WM 1992, 238, 239; v. 26.5.1994 – IX ZR 57/93, WM 1994, 1848, 1850).

Hierzu gehört auch, daß der Berater den Steuerpflichtigen auf eine ständige für diesen günstige Verwaltungspraxis der Finanzbehörden hinweist. Geben die Behörden allen Anträgen auf Vergünstigungen ohne nähere Prüfung statt, so hat der Berater von einer dem Mandanten günstigen Beurteilung durch die Finanzbehörden auszugehen und danach seine steuerlichen Empfehlungen und Belehrungen auszurichten, selbst wenn die Auffassung der Finanzbehörden mit der objektiv zutreffenden Sach- und Rechtslage nicht im Einklang steht (vgl. BGHZ 79, 223, 229; BGH, Urt. v. 6.2.1991 – VIII ZR 26/90, GI 91, 115 = NJW-RR 1991, 660; v. 7.5.1992 – IX ZR 151/91, GI 92, 209 = NJW-RR 1992, 1110, 1112; v. 3.6.1993 – IX ZR 173/92, GI 93, 303 = NJW 1993, 2799, 2800). Denn nur dann kann der Mandant umfassend abwägen, bevor er sich für oder gegen den Antrag entscheidet. Will der Berater die Vergünstigung nicht beantragen, weil er sie für gesetzwidrig hält, kann der Mandant einen anderen damit beauftragen.

Dies gilt entgegen der von der Revisionserweiterung vertretenen Meinung nicht lediglich dann, wenn das Finanzamt einen Antrag des Mandanten bereits anerkannt hat. Auch wenn ein diesem günstiger bindender Bescheid noch nicht vorliegt, der steuerliche Berater diesen vielmehr erst herbeiführen soll, darf er die Augen nicht davor verschließen, wie die Behörden vergleichbare Anträge bisher behandelt haben. Denn der steuerliche Berater geht nicht den relativ sichersten Weg, wenn er sich, weil er es besser zu wissen glaubt, über eine ständige Verwaltungspraxis hinwegsetzt. Wegen des **Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit der öffentlichen Verwaltung** und der für ihre Bediensteten geltenden **Gehorsamspflicht** besteht nämlich eine tatsächliche Vermutung, daß eine ständige Verwaltungspraxis sich mit den Verwaltungsvorschriften im Einklang befindet und daß diese sich wiederum mit den Gesetzen decken (vgl. Ossenbühl, in: Isensee/Kirchhof, HStR III [1988] § 65 Rdnr. 46; derselbe, in: Erichsen/Martens, Allgemeines Verwaltungsrecht 10. Aufl. § 6 Rdnr. 49).

Allerdings braucht ein steuerlicher Berater die bisherige Praxis nur zu beachten, wenn er sie kennt oder kennen muß. Sich nach einer ihm **unbekannten Verwaltungsübung zu erkundigen, kann der steuerliche Berater dann verpflichtet sein, wenn die Behörde über den noch zu stellenden Antrag nach ihrem Ermessen zu entscheiden hat.** Denn insoweit kommt eine Ermessensbindung durch ständige – rechtmäßige – Verwaltungsübung in Betracht (*BVerWGE 34, 278, 280; 44, 1, 6; Rüfner, in: Bonner Kommentar zum Grundgesetz [Oktober 1992], Art. 3 Abs. 1 Rdnr. 172, 175; Ossenbühl, in: Isensee/Kirchhof, HStR III § 65 Rdnr. 44 ff; derselbe, in: Erichsen/Martens, a.a.O. § 6 Rdnr. 49; Dürig, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz Art. 3 Abs. 1 Rdnr. 428 ff*), die der steuerliche Berater nicht außer acht lassen darf, wenn er seiner Pflicht zur umfassenden Beratung genügen will.

Kann der für den Mandanten zu stellende Antrag nur Erfolg haben, wenn die Behörde den Rahmen ihres Ermessens überschreitet, ist der Berater jedoch zu einer Erkundigung grundsätzlich nicht verpflichtet. Es ist ihm nicht zuzumuten, ohne erkennbaren Anlaß – mehr oder weniger routinemäßig – bei der zuständigen Behörde nachzufragen, ob sie bei der Behandlung entsprechender Anträge möglicherweise ständig von den Steuergesetzen und den dazu ergangenen Richtlinien abweicht. Ein steuerlicher Berater muß eine derartige gefestigte Praxis aber dann kennen, sich **zumindest danach erkundigen, wenn es konkrete Anhaltspunkte dafür gibt. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn die oberen Steuerbehörden eines Landes die nachgeordneten Finanzämter angewiesen haben, von bundeseinheitlichen Richtlinien abzuweichen, und diese Anweisungen veröffentlicht sind.** Anlaß, der Frage nach einer mit der objektiven Rechtslage möglicherweise nicht im Einklang stehenden Verwaltungspraxis nachzugehen, hat der steuerliche Berater auch dann, wenn diese Praxis in der Öffentlichkeit oder auch nur in den Fachkreisen, denen der Berater angehört, erörtert wird.

b) Das Berufungsgericht ist im Grundsatz davon ausgegangen, **daß der Beklagte bei der Interessenwahrung für die Klägerin**

nicht nur die objektive Rechtslage, sondern darüber hinaus auch „die sich aus dem Verhalten der Finanzbehörden für die Klägerin etwa ergebenden günstigen Rechtsfolgen“ zu beachten hatte. Es hat dann aber das Vorbringen der Klägerin rechtsfehlerhaft nur unter dem Gesichtspunkt gewürdigt, ob sich daraus für sie unter Zugrundelegung des Zonenranderrlasses 1978 ein Anspruch herleiten läßt. Die Klägerin hatte unter Beweisantritt vorgetragen, daß die Oberfinanzdirektionen M. und N. die für das bayerische Zonenrandgebiet zuständigen Finanzämter angewiesen hätten, bei der Zulassung steuerfreier Rücklagen großzügig zu verfahren, und daß die angesprochenen Finanzämter – darunter auch das für die Klägerin zuständige Finanzamt P. – deshalb allen Anträgen ohne nähere Prüfung stattgegeben hätten. Zu diesem Vortrag hat das Berufungsgericht keine Feststellungen getroffen. Dies wäre aber erforderlich gewesen. Zwar war die angebliche Verwaltungsübung nur erheblich, wenn die ihr zugrundeliegenden Anweisungen nach dem Zonenranderrlaß 1978 ergangen waren – andernfalls dürfte der Beklagte sie als überholt betrachten – und jedenfalls in Fachkreisen bekannt geworden waren. Zu beidem hat die Klägerin nichts vorgetragen, weil sie bereits das Bestehen einer vom Zonenranderrlaß abweichenden Praxis als solche für ausreichend ansah, die Klage zu stützen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß die Klägerin das Fehlende nachgeholt hätte, wenn das Berufungsgericht gemäß § 139 ZPO einen entsprechenden Hinweis gegeben hätte. Das ist für das Revisionsverfahren zu unterstellen. Dann war die Beratung des Beklagten fehlerhaft, zumindest unvollständig.

Im übrigen hat das Berufungsgericht außer acht gelassen, daß in den Jahren 1989 und 1990 in **Fachzeitschriften** über die „Anpassung des § 3 ZRFG an die langjährige Verwaltungsübung“ berichtet wurde (*DStR 1989, 2; DB Beilage Nr. 3/90 S. 2; vgl. auch DStR 1989, 257; Stbg 1989, 371*). Das Berufungsgericht hätte deshalb prüfen müssen, ob der Beklagte davon Kenntnis hatte oder haben mußte. Gegebenenfalls wäre ihm die Kenntnis von der langjährigen Verwaltungsübung noch so rechtzeitig zugewachsen,

daß er der Klägerin wenigstens für das Jahr 1988 noch die Bewilligung steuerfreier Rücklagen hätte verschaffen können. Denn für 1989 hat sie noch Ende 1990 das Erforderliche veranlassen können.

2. Ein **Verschulden** des Beklagten kann ebenso wenig verneint werden. Veröffentlichte Erlasse der örtlich zuständigen Oberfinanzdirektion zur Gewährung von Vergünstigungen nach dem Zonenrandförderungsgesetz muß ein steuerlicher Berater kennen, wenn er Mandanten berät, die solche Vergünstigungen in Anspruch nehmen wollen. Desgleichen ist es schuldhaft, wenn der Beklagte sich nicht um eine Verwaltungsübung gekümmert hat, die ihm anlässlich der Gesetzesänderung im Jahre 1989 bekannt geworden ist oder die er bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte kennen können.

3. Nach dem Sachvortrag der Klägerin kann die Pflichtverletzung des Beklagten für den ihr durch die unterbliebene Zulassung steuerfreier Rücklagen entstandenen wirtschaftlichen Nachteil **ursächlich** geworden sein. Die Klägerin, die in den Jahren 1987 bis 1989 gewerbliche Investitionen vorgenommen hat, macht geltend, daß sie in den jeweils vorausgehenden Jahren steuerfreie Rücklagen gebildet hätte, wenn sie darüber aufgeklärt worden wäre, daß das für sie zuständige Finanzamt P. diese Rücklagen anerkennen werde. Diese Behauptung, für deren Richtigkeit im übrigen **ein Anscheinsbeweis** sprechen kann (vgl. BGHZ 123, 311, 317 = GI 94, 3; BGH, *Urt. v. 27.5.1993* – IX ZR 66/92, GI 94, 29 = WM 1993, 1513, 1516), ist in Ermangelung gegenteiliger Feststellungen für das Revisionsverfahren zugrunde zu legen. Des weiteren ist zu unterstellen, daß das Finanzamt die steuerfreien Rücklagen bewilligt hätte.

4. Der Nachteil der Klägerin kann sich als rechtlich **ersatzfähiger Schaden** darstellen.

Allerdings darf grundsätzlich einem Anspruchsteller im Wege des Schadenersatzes nichts zugesprochen werden, was der Rechtsordnung widerspricht (vgl. RGZ 90, 305, 306; BGHZ 72, 328, 331 f; 124, 86, 95; 125, 27, 34; BGH, *Urt. v. 14.7.1954* – VI ZR 260/53, LM

BGB § 843 Nr. 5; v. 7.5.1974 – VI ZR 7/73, NJW 1974, 1374, 1376; v. 26.3.1985 – VI ZR 245/83, NJW 1985, 2482, 2483; v. 2.7.1987 – IX ZR 94/86, GI 88, 94 = NJW 1987, 3255, 3256; v. 26.1.1989 – IX ZR 81/88, GI 89, 79 = NJW-RR 1989, 530 f). Es widerspricht jedoch grundsätzlich nicht der Rechtsordnung, wenn der Auftragnehmer für die Nachteile eintreten muß, die dem Auftraggeber entstanden sind, weil er sich durch schuldhaft schlechte Ausführung des Auftrags die damalige Behördenpraxis nicht hat zunutze machen können. Ob dies auch dann gilt, wenn die Behörden in ständiger Praxis einen Vorteil gewährt haben, der nach dem Gesetz schlechterdings nicht gewährt werden durfte (so BGHZ 79, 223, 230 m. Anm. Girisch LM BGB § 249 [A] Nr. 57), mag offenbleiben. **Wenn die bayerischen Finanzämter – wie die Klägerin behauptet – für Investitionen im Zonenrandgebiet regelmäßig steuerfreie Rücklagen bewilligt haben, verstieß dies nicht ohne weiteres gegen das Zonenrandförderungsgesetz in der seit 1986 geltenden Fassung, sondern zunächst nur gegen die im Zonenrande rlaß 1978 enthaltenen Ermessensrichtlinien.**

Das Gesetz beschränkte die Gewährung steuerfreier Rücklagen nicht auf Ausnahmefälle, machte vielmehr steuerfreie Rücklagen und Sonderabschreibungen von denselben Voraussetzungen abhängig. § 3 Abs. 4 ZRFG sah für beide Förderungsmaßnahmen eine Einschränkung lediglich insoweit vor, als er Unternehmen von der Förderung ausnahm, deren Ertrags- und Vermögenslage so günstig war, daß Maßnahmen nach Absatz 1 auch unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Zonenrandgebiet nicht vertretbar erschienen.

Diese Prosperitätsklausel ist seit dem Steuerbereinigungsgesetz 1986 für den Zeitraum, um den es hier geht, entfallen. Von 1986 ab konnten gem. § 3 Abs. 1 ZRFG im Hinblick auf wirtschaftliche Nachteile, die sich aus den besonderen Verhältnissen des Zonenrandgebietes ergaben und von denen einige beispielhaft genannt waren, ohne zusätzliche Einschränkungen gleichermaßen steuerfreie Rücklagen und Sonderabschreibungen zugebilligt werden. Daß die

Klägerin im Sinne dieser Vorschrift wirtschaftlich benachteiligt war, räumt auch der Beklagte ein. Denn er hat für sie Sonderabschreibungen beantragt und bewilligt erhalten.

§ 3 ZRFG ermächtigte die obersten Finanzbehörden, im Rahmen der Zielsetzung der Vorschrift Ermessensregelungen zu erlassen, die von den nachgeordneten Behörden zu befolgen waren. Von dieser Ermächtigung hat die Finanzverwaltung insbesondere durch das BMF-Schreiben v. 10.11.1978 (*BStBl. I 1978, S. 451*), den sog. Zonenranderlaß, Gebrauch gemacht. Diesem Erlaß hätte eine Verwaltungspraxis widersprochen, die – wie die Klägerin behauptet – allen Anträgen auf steuerfreie Rücklagen ohne nähere Prüfung stattgab. Denn nach III 1 des Erlasses waren steuerfreie Rücklagen nur in Ausnahmefällen zuzulassen, wobei als ein Ausnahmefall beispielhaft erhebliche Finanzierungsschwierigkeiten in mittelständischen Betrieben genannt waren. Gleichwohl ist damit noch nicht gesagt, daß die Klägerin nicht auch einen Anspruch auf Bewilligung der Rücklage ohne jede Prüfung gehabt hätte.

Besteht eine feste gesetzwidrige Praxis, kann – und muß – die Verwaltung allerdings jeden neuen Einzelfall zum Anlaß nehmen, von der bisherigen Praxis abzurücken und zur Rechtmäßigkeit zurückzukehren. Will die Verwaltung so verfahren, **kann sie nicht unter Berufung auf den Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) gezwungen werden, den alten Fehler zu wiederholen** (*BVerfG NVWZ 1994, 475, 476; BSG Breithaupt 1982, 63, 66; BVerwGE 92, 153, 157; BFH NJW 1989, 2417, 2419; Dürig, in: Maunz/Dürig, Art. 3 Abs. 1 Rdnr. 182; Erichsen, in: Erichsen/Martens, a.a.O. § 10 Rdnr. 20*). Ist eine prinzipielle Änderung der gesetzwidrigen Verwaltungspraxis aber nicht gewährleistet, weil die Behörde nicht änderungsfähig oder nicht änderungswillig ist, befürwortet eine neuere Auffassung einen Individualanspruch auf Gleichbehandlung entsprechend der bisherigen und auch für die Zukunft zu erwartenden gesetzwidrigen Praxis (vgl. *Paul Kirchhof, in: Isensee/Kirchhof, HStR V [1992] § 125 Rdnr. 74, 77, 85 f, 88; ähnlich Starck, in v. Mangoldt/Klein, GG 3. Aufl. [1985] Art. 3 Abs. 1 Rdnr. 184–186,*

jeweils m.w.N.). Ob dieser Ansicht zu folgen ist, bedarf keiner Entscheidung. Denn die Praxis der Finanzbehörden verstieß – wie oben ausgeführt worden ist – ab 1986 möglicherweise nicht gegen das Zonenrandförderungsgesetz, sondern nur gegen den Zonenranderlaß, eine Verwaltungsrichtlinie.

Auch dieser Verstoß wäre nur innerhalb der Verwaltung, nicht aber in ihrem Verhältnis zum Steuerpflichtigen rechtswidrig, wenn sich die Finanzverwaltung nicht nach dem Zonenranderlaß gerichtet, vielmehr bundesweit die von der Klägerin behauptete bayerische Praxis an den Tag gelegt hätte. Denn Anknüpfungspunkt für die **Selbstbindung der Verwaltung aus Art. 3 Abs. 1 GG** sind nicht die Verwaltungsvorschriften, sondern die ständige Verwaltungspraxis, die Verwaltungsübung. Die Bindung gegenüber dem Bürger ergibt sich aus der Anwendung der Verwaltungsvorschriften, die nur ein wichtiges Indiz für eine entsprechende Praxis sind (vgl. *Ossenbühl in: Erichsen/Martens, a.a.O. § 7 IV 4 Rdn. 48; Rübner, in: Bonner Kommentar, Art. 3 Abs. 1 Rdn. 174, Dürig in: Maunz/Dürig, GG Art. 3 Abs. 1 Rdn. 433*). Der Zonenranderlaß hatte als Ermessensrichtlinie nicht nur die Funktion, den gesetzanwendenden Instanzen ihre Aufgabe zu erleichtern, sondern auch den Zweck, im Interesse des Gleichheitssatzes die Ermessenspraxis zu vereinheitlichen. Durch Umsetzung der Richtlinie in die Praxis band sich die Verwaltung selbst. Unterblieb die Umsetzung, wurde vielmehr in Abweichung von der Richtlinie in ständiger Übung Anträgen ohne nähere Prüfung stattgegeben, so hätte sich die Verwaltung in diesem Sinne und nicht in dem der Richtlinie gebunden.

Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, daß der Zonenranderlaß in allen vier Zonenrandländern nicht befolgt worden wäre. Nach Untersuchungen des Bundesrechnungshofes in den Jahren 1987/88 **sind nur in Bayern abweichend von den bundeseinheitlichen Richtlinien die Voraussetzungen für die Bewilligung steuerfreier Rücklagen nicht geprüft worden** (*BT-Drucks. 11/5383, Seite 87 f*). Hiernach wären die Steuerpflichtigen, die im Zonenrandgebiet außerhalb Bayerns investierten, durch die dort

herrschende, dem Zonenranderlaß entsprechende Verwaltungspraxis im Vergleich mit den Investoren Bayerns benachteiligt und damit ungleich behandelt worden. Ist die Verwaltung nicht willens, für die Zukunft auf die einheitliche Linie der strengeren, für den Steuerpflichtigen nachteiligeren Regelung einzuschwenken, bleibt sie also bei ihrer abweichenden Praxis, **so kann den benachteiligten Steuerpflichtigen, wenn es – wie hier – um das Subventionsrecht geht, auch daraus ein Anspruch auf Gleichstellung erwachsen** (vgl. Rüfner, in: *Bonner Kommentar*, Art. 3 Abs. 1 Rdn. 182; *Starck, Das Bonner Grundgesetz* Art. 3 Abs. 1 Rdn. 186; *Berg JuS* 1980, 418, 421). In diesem Bereich kann demjenigen, der bisher durch eine ungleichmäßige Verwaltungspraxis bevorzugt wurde, die Vergünstigung grundsätzlich nicht nachträglich entzogen werden. Sein Vertrauen ist geschützt. Wettbewerbsnachteile und damit die Ungleichbehandlung anderer Antragsteller lassen sich nur in der Weise ausschließen, daß ihnen die Leistungen – hier: eine steuerliche **Entlastung** –, die bisher der zu Unrecht bevorzugten Gruppe gewährt wurden, ebenfalls gewährt werden (vgl. *BVerwGE* 55, 349 = *NJW* 1979, 561; *BVerwGE* 58, 45, 51, 53; *BFH BStBl.* 1988, 653, 654; *VGH BaWü NVwZ* 1987, 253, 254; *Ipsen, Öffentliche Subventionierung Privater* 1956 S. 92 f; zum Abwehranspruch bei einer gleichheitswidrigen steuerlichen **Belastung** vgl. *BVerfGE* 84, 239; zur Anwendung des Grundsatzes im Arbeitsrecht vgl. *BVerfG NZA* 1988, 473; *BAGE* 71, 195, 210 ff; *BAG NZA* 1988, 61, 62). Das gilt hier jedenfalls für solche Steuerpflichtige, die – wie die Klägerin – Investitionen in Bayern vorgenommen haben. Der Richter hat nur zu prüfen, ob zum Nachteil des Antragstellers der Gleichheitssatz verletzt oder der Rahmen, der durch die gesetzliche Zweckbindung gezogen ist, mißachtet wurde. **Entscheidend ist dabei die bisherige Vergabepraxis, also die Frage, wie die zuständige Behörde die Richtlinien aufgefaßt und angewendet hat** (*VGH BaWü NVwZ* 1987, 253, 254; *Ossenbühl, in: Erichsen/Martens, a.a.O.* § 6 Rdnr. 49).

Nur wenn die bayerischen Finanzbehörden ihre bisherige Praxis grundlegend und auf Dauer

hätten ändern und in Zukunft nur nach dem Zonenranderlaß von 1978 hätten verfahren wollen, hätten Steuerpflichtige aus dem Gleichheitsgrundsatz keine Rechte mehr herleiten können. Eine solche Änderung ist – jedenfalls nach dem Vortrag der Klägerin – nicht erfolgt; **vielmehr ist umgekehrt mit dem BMF-Schreiben vom 27.12.1989 bundesweit die bayerische Praxis übernommen worden.**

5. Zu der **Höhe ihres Schadens** hat die Klägerin entgegen der Meinung des Berufungsgerichts hinreichend substantiiert vorgetragen. Insofern hat es unter Verstoß gegen §§ 286, 287 ZPO wesentliches Vorbringen der Klägerin unberücksichtigt gelassen und die Anforderungen an die Darlegung des Schadens verkannt.

§ 287 ZPO erleichtert dem Geschädigten nicht nur die Beweisführung, sondern auch die Darlegung (*BGH, Urt. v. 24. 9. 1986 – IVa ZR 236/84, GI 86, 169 = BGHR ZPO § 287 – Substantiierung 1*; v. 23. 10. 1991 – XII ZR 144/90, *NJW-RR* 1992, 202, 203; v. 5. 11. 1992 – IX ZR 12/92, *GI* 93, 96 = *NJW* 1993, 734; v. 12. 10. 1993 – X ZR 65/92, *NJW* 1994, 663, 664). Im vorliegenden Fall bezweifelt auch der Beklagte nicht, daß die Bildung steuerfreier Rücklagen zu „Einsparungen“ geführt hätte. **Stehen Haftungsgrund und Schadeneintritt fest, darf das Gericht von einer Schätzung des Schadens nach § 287 ZPO nicht schon deshalb absehen, weil der Sachvortrag des Geschädigten eine abschließende Beurteilung seines gesamten Schadens nicht zuläßt. Die Schätzung darf vielmehr nur dann abgelehnt werden, wenn deren Ergebnis mangels greifbarer Anhaltspunkte völlig in der Luft hängen würde** (*BGHZ* 91, 243, 257; *BGH, Urt. v. 12. 10. 1993 – X ZR 65/92, NJW* 1994, 663, 665). Davon kann hier keine Rede sein.

Das Zonenrandförderungsgesetz erlaubte, falls die Voraussetzungen gegeben waren, die Bildung von steuerfreien Rücklagen in Höhe von 50% der in den beiden folgenden Jahren geplanten Investitionen. Eine derartige **Rücklage führte zunächst zu einer Minderung des zu versteuernden Gewinns**. Im Jahr der Investition wurde die Rücklage zwar aufgelöst. Der

dadurch entstehende höhere Gewinn wurde aber durch die gleich hohe Sonderabschreibung nach dem Zonenrandförderungsgesetz wieder gemindert. Wie die Sonderabschreibung bewirkte auch die Rücklage eine **zinslose Steuerverschiebung** und damit für deren Dauer einen **zusätzlichen Zins- und Liquiditätsvorteil**. Die Klägerin hat im einzelnen angegeben, in welcher Höhe sie von 1987 bis 1989 gewerbliche Investitionen getätigt hat, um wieviel sich durch die Rücklagenbildung die jeweiligen Jahresgewinne verringert hätten und welche (vorläufige) Steuerersparnis dadurch bewirkt worden wäre. Auch den Zinssatz hat sie genannt. Dieser Vortrag erlaubt es, die Schadensberechnung – jedenfalls in groben Zügen – nachzuvollziehen. **Mehr kann von einem Kläger, der nicht Fachmann in Steuerfragen ist, nicht verlangt werden.**

III.

Die Klageabweisung erweist sich auch nicht aus anderen Gründen als richtig (§563 ZPO). Insbesondere kann aufgrund der gegenwärtigen Sach- und Rechtslage nicht davon ausgegangen werden, daß die von dem Beklagten erhobene Verjährungseinrede durchgreift.

Der Beklagte ist zwar als Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer „**Mehrfachberufler**“. Da er nicht zugleich Steuerberater ist, unterliegt seine Haftung wegen mangelhafter steuerlicher Beratung aber nicht der Verjährung gemäß §68 StBerG. Maßgeblich ist vielmehr – weil die steuerberatende Tätigkeit zum Berufsbild sowohl des Rechtsanwalts als auch des Wirtschaftsprüfers gehört (vgl. BGHZ 78, 335, 344) – entweder §51 BRAO (a.F.) oder §51a WPO, je nachdem, **ob die geschuldete Beratung nach dem Willen der Vertragspartner von dem Beklagten als Rechtsanwalt oder als Wirtschaftsprüfer erbracht werden sollte** (vgl. BGH, Urt. v. 25.3.1987 – IVa ZR 250/85, GI 87, 182 = NJW 1987, 3136, 3137). Dazu hat das Berufungsgericht – von seinem Standpunkt aus folgerichtig – keine Feststellungen getroffen. Ist der Beklagte als Wirtschaftsprüfer tätig geworden, gilt eine fünfjährige Verjährungsfrist, hat er als Rechtsanwalt gehandelt, eine solche

von drei Jahren. In jedem Falle beginnt die Verjährung – unabhängig von der Kenntnis der Klägerin – mit der Entstehung des Anspruchs (Schadenseintritt), beim Rechtsanwalt spätestens mit dem Ende des Auftrages. Der Schaden ist in dem Zeitpunkt eingetreten, in dem eine Rücklagenbildung nicht mehr möglich war. Dieser Zeitpunkt steht für keinen der Veranlagungszeiträume fest. Außerdem kommt – falls der Beklagte als Rechtsanwalt gehandelt haben sollte und somit der kürzeren Verjährungszeit unterliegt – eine Sekundärhaftung in Betracht.

Honorarabtretung

- Praxisübernahme
 - Verschwiegenheitspflicht
- (BGH, Urt. v. 10.8.1995 – IX ZR 220/94)

Leitsatz:

Tritt ein Rechtsanwalt bei Veräußerung seiner Kanzlei Honorarforderungen – unter Übergabe der Handakten – ohne Zustimmung des Auftraggebers an einen Rechtsanwalt ab, der zuvor als Mitarbeiter des Zedenten die Angelegenheiten des Mandanten umfassend kennengelernt hat, so ist die Zession nicht gemäß §§134 BGB, 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB unwirksam (Ergänzung zu BGHZ 122, 114; BGH, Urt. v. 13.5.1993 – IX ZR 234/92, NJW 1993, 1912; v. 8.7.1993 – IX ZR 12/93, WM 1993, 1849; v. 17.5.1995 – VIII ZR 94/94, ZIP 1995, 1016).

Tatbestand:

Der klagende Rechtsanwalt verlangt vom Beklagten Teilerfüllung – bestrittener – Gebührenforderungen in Höhe von insgesamt 25.376,40 DM, die ihm Rechtsanwalt S. im Rahmen eines Vertrages vom 19.1.1993 „über die Übernahme einer Anwaltskanzlei“ abgetreten haben soll.

Der Beklagte beauftragte im Jahre 1990 Rechtsanwalt S. mit der außergerichtlichen und prozessualen Wahrnehmung seiner Interessen in

zwei Rechtsangelegenheiten. Der Kläger war nach seiner Behauptung seit September 1992 freier Mitarbeiter des Rechtsanwalts S., wurde – im Oktober oder November 1992 – zu dessen allgemeinem Vertreter gemäß § 53 Abs. 3, 4 BRAO bestellt und im November 1992 als Rechtsanwalt zugelassen.

Die Klage auf Zahlung von 11.287,53 DM und der – im Berufungsverfahren gestellte – Antrag, die Rechtswirksamkeit der Abtretung festzustellen, waren in den Vorinstanzen erfolglos. Mit der – zugelassenen – Revision verfolgt der Kläger sein Begehren weiter.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache (§§ 564, 565 Abs. 1 ZPO).

I.

Die Klage kann teilweise unzulässig sein, weil der Kläger allgemein vorgetragen hat, ein Teil der abgetretenen Gesamtforderung sei vor Klageerhebung anderweitig rechtshängig gemacht worden. Sollte das Klagebegehren auf einen bereits zuvor anderweitig rechtshängigen Forderungsteil gestützt werden, so wäre die Klage insoweit unzulässig (§ 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO).

Die **Zwischenfeststellungsklage** ist zulässig (§ 256 Abs. 2 ZPO). Die beantragte richterliche Feststellung, daß die Abtretung der Gebührenansprüche gegen den Beklagten rechtswirksam ist, ist vorgreiflich für die Entscheidung über die hauptsächliche Zahlungsklage. Im vorliegenden Falle wird allerdings mit dem Feststellungsbegehren der eigenständige Zweck verfolgt, die Rechtskraftwirkung auf den gesamten Grund des streitigen Rechtsverhältnisses der Parteien auszudehnen (vgl. BGHZ 69, 37, 41 ff – zu § 280 ZPO a. F. –; BGH, Urt. v. 21. 2. 1992 – V ZR 273/90, NJW 1992, 1897). Dieses wird durch die Entscheidung über den Zahlungsanspruch nicht mit Rechtskraftwirkung erschöpfend klargestellt. Es handelt sich um eine Teilklage, der mehrere Einzelforderungen, gestaffelt nach Haupt- und Hilfsansprüchen, zugrunde gelegt sind. Da ein Urteil der Rechts-

kraft nur insoweit fähig ist, als über den Klageanspruch entschieden ist (§ 322 Abs. 1 ZPO), besteht hier die Möglichkeit, daß das – bei der Entscheidung über die Hauptklage ohnehin zu klärende – Rechtsverhältnis noch über den gegenwärtigen Streitgegenstand hinaus Bedeutung gewinnen kann. Dies genügt für das erforderliche **Rechtsschutzbedürfnis** (BGHZ 69, 37, 42; 83, 251, 255; BGH, Urt. v. 21. 2. 1992 – V ZR 273/90 a.a.O.).

II.

1. Das Berufungsgericht hat die – vom Beklagten bestrittene – Behauptung des Klägers, Rechtsanwalt S. habe ihm bei Veräußerung seiner Kanzlei die geltend gemachten Gebührenforderungen gegen den Beklagten abgetreten, als richtig unterstellt, eine solche Abtretung jedoch gemäß §§ 134 BGB, 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB für nichtig gehalten. Dazu hat es ausgeführt: Die mit der Abtretung verbundene Offenbarung von Geheimnissen des Beklagten sei strafbar, obwohl der Kläger zuvor Mitarbeiter des Zedenten gewesen sei. Zwar rechtfertige in der Regel eine mutmaßliche Einwilligung des Mandanten die Weitergabe seiner Informationen an Mitarbeiter seines Rechtsanwalts. Dies gelte aber nur, wenn die Weitergabe im Interesse des Auftraggebers liege. Das sei nicht der Fall, wenn die Mitteilung im Zusammenhang mit einer Veräußerung der Anwaltskanzlei erfolge, die dem Mandanten keinen Vorteil bringe. Dafür könne auch keine Einwilligung aus der Vollmacht hergeleitet werden, die der Beklagte dem Zedenten ausgestellt habe. An der fehlenden Einwilligung des Mandanten ändere nichts, daß der Kläger zum Vertreter des Zedenten bestellt gewesen sei und über das Kanzleikonto habe verfügen können. Der Kläger habe nicht hinreichend substantiiert dargelegt, daß er bereits vor der Abtretung alle maßgeblichen Umstände gekannt habe. Bei dem hier vorliegenden umfangreichen und komplizierten Sachverhalt sei erst die Aushändigung der Handakten anlässlich der Abtretung der Honorarforderungen eine zuverlässige Auskunftserteilung gewesen. Selbst wenn § 49 b Abs. 4 BRAO in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte

vom 2. 9. 1994 (BGBl. I 2278) zu einem nachträglichen Wegfall der Strafbarkeit gemäß § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB geführt habe, so sei deswegen die nichtige Abtretung nicht rückwirkend wirksam geworden. Deren Bestätigung nach Inkrafttreten der Neuregelung habe der Kläger nicht behauptet.

2. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

Die Revision meint, eine Abtretung der Honorarforderungen an den Kläger sei wirksam, weil der Kläger als Rechtsanwalt der berufsrechtlichen Verschwiegenheitspflicht unterlegen habe und wegen § 49 b Abs. 4 BRAO n. F. die Vorschrift des § 2 Abs. 3 StGB anzuwenden sei. Ob dies zutrifft, kann dahinstehen. Jedenfalls sind im vorliegenden Fall – ausgehend vom Vorbringen des Klägers, das mangels anderweitiger Feststellungen im Revisionsverfahren zugrunde zu legen ist – die objektiven Voraussetzungen des § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB nicht erfüllt; die Zession ist infolgedessen nicht gemäß § 134 BGB unwirksam, obwohl der Beklagte ihr nicht zugestimmt hat.

Nach diesen Vorschriften ist **die Abtretung der Honorarforderung eines Rechtsanwalts wegen der damit nach § 402 BGB verbundenen umfassenden Auskunftspflicht in der Regel nichtig, wenn die Zustimmung des Mandanten fehlt** (BGHZ 122, 115, *zustimmend Ackmann EWIR 1993, 649; Giesen/Poll JZ 1994, 29; Mankowski JZ 1994, 48*); dies gilt auch dann, wenn der **Abtretungsempfänger ebenfalls Rechtsanwalt** ist (BGH, Urt. v. 13. 5. 1993 – IX ZR 234/92, NJW 1993, 1912; v. 8. 7. 1993 – IX ZR 12/93, WM 1993, 1849; *zustimmend Ring EWIR 1993, 745 und BB 1994, 373; Giesen/Poll JZ 1994, 29, 30; Lauda LM BGB § 134 Nr. 143*). Dementsprechend hat der VIII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs entschieden (Urt. vom 17. 5. 1995 – VIII ZR 94/94, ZIP 1995, 1016), daß die **Verpflichtung eines Rechtsanwalts bei Veräußerung seiner Kanzlei, seine Honorarforderungen ohne Zustimmung der Mandanten** an den Erwerber – einen früheren Rechtsanwalt, der wieder zugelassen werden wollte – zu verkaufen, nichtig ist.

Von dieser Rechtsprechung ist das Berufungsgericht ausgegangen. Es hat jedoch, wie die Revision zu Recht rügt, außer acht gelassen, daß hier der Zessionar bereits vor der Abtretung alle mit den erworbenen Forderungen verbundenen Umstände kennengelernt hatte. Dieser Sonderfall war bisher nicht Gegenstand einer höchstrichterlichen Entscheidung und erfüllt nicht die Voraussetzungen für eine Nichtigkeit der Abtretung.

a) Die Revision beanstandet mit Erfolg die tatrichterliche Feststellung, der Kläger habe nicht hinreichend substantiiert dargetan, daß er schon vor der Abtretung alle maßgeblichen Tatsachen gekannt habe, so daß ihm danach der Zedent kein Geheimnis des Beklagten mehr habe offenbaren können.

Der Kläger hat behauptet: Im Anstellungsvertrag habe Rechtsanwalt S. ihn beauftragt, „die Alt- und Neufälle zu bearbeiten“. Dementsprechend habe er – der Kläger – seit September 1992 sämtliche Akten des Beklagten bearbeitet, der Rechtsanwalt S. noch die Gebühren geschuldet habe. Um die Honorarforderungen gegen den Beklagten zu sichern, habe er – der Kläger – Anfang Oktober 1992 diese Sachen mit dem Zedenten besprochen und dabei umfassend kennengelernt. In der Angelegenheit „Sch.“ habe er die Eintragung einer Zwangshypothek beantragt. In der Sach „U.“ habe er mit Rechtsanwalt S. im Oktober 1992 erörtert, ob beantragt werden solle, dem Beklagten die Prozeßkostenhilfe nachträglich zu entziehen oder ihm höhere Raten aufzuerlegen. Rechtsanwalt S. habe beabsichtigt, aufgrund eines Kostenfestsetzungsbeschlusses Haftpflichtansprüche der U. gegen ihre Prozeßbevollmächtigten zu pfänden und einen Vollstreckungserlös mit Gebührenforderungen gegen den Beklagten zu verrechnen. Deswegen habe Rechtsanwalt S. den Beklagten Anfang Oktober 1992 um seinen Besuch gebeten und dabei erklärt, daß der Kläger das Gespräch für ihn führen werde; der Beklagte habe zunächst zugesagt, sei aber dann doch nicht erschienen. Er – der Kläger – habe sodann die Akten nochmals durchgesehen und ein Anspruchsschreiben v. 6. 10. 1992 an den Bevollmächtigten der U. verfaßt.

Diesen Vortrag hat das Berufungsgericht rechtsfehlerhaft teilweise als unerhebliche rechtliche Wertung und im übrigen als unsubstantiiert beurteilt. Bei Richtigkeit dieses Vorbringens hat der Kläger als Mitarbeiter des Rechtsanwalts S. die beiden Angelegenheiten des Beklagten schon vor der Abtretung der Honorarforderungen umfassend kennengelernt. Die Ansicht des Berufungsgerichts, damals sei es nicht ohne weiteres notwendig gewesen, die für die Geltendmachung der Forderungen entscheidenden Fragen der Auftragserteilung und der Gebührenvereinbarung zu erörtern, findet im Sachverhalt keine Stütze. Nach seinem Vortrag hat der Kläger die – in der Hauptsache erledigten – Angelegenheiten des Beklagten bearbeitet, um die Gebührenansprüche des Rechtsanwalts S. gegen den Beklagten als seinen Auftraggeber durchzusetzen. Diese Forderungen betrafen in der Angelegenheit „Sch.“ Geschäftsgebühren, eine Besprechungs- und Vergleichsgebühr, Verkehrsanwalt- und Vollstreckungsgebühren. In der Sach „U.“ wurden eine Vergütung für eine Schutzschrift gegen eine drohende einstweilige Verfügung sowie eine Prozeß- und Verhandlungsgebühr geltend gemacht. Diese Gebührenansprüche erstreckten sich auf die gesamte anwaltliche Tätigkeit in den beiden Angelegenheiten des Beklagten. Die vom Kläger behauptete Aufgabe, diese Forderungen gegen den Beklagten durchzusetzen, bot deswegen Anlaß, auch Inhalt und Umfang der Mandate sowie eine Gebührenvereinbarung mit Rechtsanwalt S. zu besprechen.

b) Der Kläger hat die behauptete umfassende Kenntnis der Angelegenheiten des Beklagten erlangt, ohne daß Rechtsanwalt S. ein ihm anvertrautes oder sonst bekanntgewordenes Geheimnis des Beklagten unbefugt offenbart hat (§ 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB).

Es kann dahinstehen, ob die Kenntnisnahme erfolgt ist, nachdem der Kläger zum allgemeinen Vertreter des Rechtsanwalts S. bestellt worden war, und ob gegebenenfalls diese rechtmäßig war, weil dem Vertreter die anwaltlichen Befugnisse des vertretenen Rechtsanwalts zustehen (§ 53 Abs. 7 BRAO; vgl. dazu BGH, *Urt. v. 17.5.1995 – VIII ZR 94/94, a.a.O. 1019*).

Jedenfalls durfte sich der Kläger als Mitarbeiter des Rechtsanwalts S. die behauptete Kenntnis verschaffen, um in dessen Auftrag die Durchsetzung der Gebührenansprüche zu betreiben.

Zwar stand nur Rechtsanwalt S. in einem Mandatsverhältnis zum Beklagten. Die Revision macht erfolglos geltend, der Kläger sei „faktisch“ Sozius dieses Rechtsanwalts gewesen; da dieser nicht im Rechtssinne mit dem Kläger in einer Sozietät verbunden war, erstreckte sich der Anwaltsvertrag mit dem Beklagten nicht auf den Kläger (*vgl. BGHZ 56, 355; 124, 47*).

Die Besorgung der Angelegenheiten des Beklagten durfte Rechtsanwalt S. aber dem Kläger als seinem rechtskundigen Mitarbeiter übertragen, ohne damit ein Mandantengeheimnis unbefugt zu offenbaren (*vgl. BGHZ 115, 123, 128; BGH, Urt. v. 17.5.1995 – VIII ZR 94/94, a.a.O. 1018; OLG Köln ZIP 1992, 1320, 1321; Jähnke in LK zum StGB 10. Aufl. § 203 Rdnr. 41; Schönke/Schröder/Lenckner, StGB 24. Aufl. § 203 Rdnr. 24, 64; Dreher/Tröndle, StGB 46. Aufl. § 203 Rdnr. 11*). Dies ergibt sich schon aus § 203 Abs. 3 Satz 1 StGB; danach stehen den – in § 203 Abs. 1 StGB genannten – Geheimnisträgern ihre berufsmäßig tätigen Gehilfen und die Personen gleich, die bei ihnen zur Vorbereitung auf den Beruf tätig sind, so daß diese einer eigenen Schweigepflicht unterliegen. **Danach gehören die Mitarbeiter des Rechtsanwalts zum „Kreis der zum Wissen Berufenen“** (*Jähnke a.a.O.*).

Außerdem wird der sachgerechte Einsatz einer Hilfskraft trotz einer damit verbundenen Weitergabe von Geheimnissen in der Regel durch stillschweigende oder mutmaßliche Einwilligung des Mandanten gedeckt, weil dieser weiß, daß sein Anwalt üblicherweise sein Personal zur Erledigung des Auftrags einschaltet (*vgl. Schönke/Schröder/Lenckner a.a.O. Rdnr. 24, 27*). Der Beklagte hat nicht behauptet, einen entgegenstehenden Willen geäußert zu haben. Es mag sein, daß – gemäß der Ansicht des Berufungsgerichts – eine mutmaßliche Einwilligung des Mandanten sich nur auf eine Maßnahme in seinem Interesse erstreckt (*vgl. Jähnke a.a.O. Rdnr. 69, 81*). Trotzdem durfte Rechtsanwalt S. den Kläger mit der Durchsetzung seiner Gebührenansprüche gegen den Beklagten

betrauen. Ein Rechtsanwalt darf seine Honorarforderung gegen den Auftraggeber geltend machen (§19 BRAGO), selbst wenn dies die Bekanntgabe von Mandantengeheimnissen erfordert, weil der Anwalt sonst insoweit rechtlos stünde (BGHZ 122, 115, 120). Diese Aufgabe durfte Rechtsanwalt S. einem Mitarbeiter übertragen.

c) Die Revision wendet sich auch zu Recht gegen die Annahme des Berufungsgerichts, bei dem hier vorliegenden umfangreichen und komplizierten Sachverhalt sei – mit Rücksicht auf die begrenzte Aufnahme- und Leistungsfähigkeit des menschlichen Gedächtnisses – erst die Übergabe der Handakten bei Abtretung der Honorarforderungen eine zuverlässige Auskunftserteilung und eine höhere Qualität der Unterrichtung gewesen, die als Offenbaren im Sinne des §203 Abs. 1 Nr. 3 StGB zu werten sei.

Demjenigen, der rechtmäßig eine fremde Angelegenheit umfassend kennengelernt hat, kann diese nicht mehr im Sinne des §203 Abs. 1 StGB unbefugt offenbart werden. Offenbaren heißt, dem Empfänger der Erklärung ein Wissen zu vermitteln, das diesem – jedenfalls aus der Sicht des Offenbarenden – noch verborgen ist oder von dem dieser keine sichere Kenntnis hat (BGHSt 27, 120, 121; Jähnke a.a.O. Rdnr. 39). Hat der Empfänger aber ein Geheimnis bereits früher vollständig erfahren, so kann ihm dieses nicht nochmals offenbart werden. Er erfährt durch die Überlassung einer Gedächtnisstütze – etwa in Gestalt einer weiteren Mitteilung oder von Unterlagen – nichts Neues. Der Standpunkt des Berufungsgerichts läuft darauf hinaus, daß die Feststellung des objektiven Straftatbestandes einer Geheimnisverletzung davon abhängt, ob eine Gedächtnislücke des Empfängers der Unterlagen bewiesen wird; dies wäre in der Regel zweifelhaft, wenn dieser sich bei der Kenntnisnahme von der Angelegenheit Notizen und/oder Kopien gemacht hätte. Hatte der Kläger schon als Mitarbeiter des Rechtsanwalts S. die Angelegenheiten des Beklagten umfassend kennengelernt, so enthielten die ihm bei Abtretung der Honorarforderungen übergebenen Handakten keine Geheimnisse mehr. In einem solchen Falle erstreckt sich eine Auskunftspflicht

des Zedenten gegenüber dem Zessionar gemäß §402 BGB nicht mehr auf Mandantengeheimnisse (vgl. LG Darmstadt NJW 1994, 2962, 2963; LG Bonn AnwBl. 1995, 144). **§203 StGB will die geschützte Person, die ein Geheimnis zur Erlangung von Rat und Hilfe einem anderen anvertraut hat, davor bewahren, daß dieses Geheimnis ohne ihre Zustimmung einem Dritten preisgegeben wird. Diese Strafvorschrift soll nach ihrem Schutzzweck aber nicht verhindern, daß die rechtmäßig erlangte Kenntnis eines fremden Geheimnisses zuverlässig und dauerhaft bleibt.** Deswegen ist rechtlich unerheblich, daß die Handakten dem Kläger den Beweis der abgetretenen Honorarforderungen erleichtern können.

d) Danach sind – ausgehend vom Vorbringen des Klägers – die Abtretung der Gebührenforderungen des Rechtsanwalts S. gegen den Beklagten an den Kläger und damit auch die zugrunde liegende schuldrechtliche Verpflichtung zur Übertragung dieser Ansprüche im „Vertrag über die Übernahme einer Anwaltskanzlei“ wirksam. Anhaltspunkte dafür, daß die Verpflichtung des Veräußerers zur Abtretung anderer Honorarforderungen nebst den entsprechenden Erfüllungsgeschäften und damit die gesamten Rechtsgeschäfte gemäß §139 BGB nichtig sein könnten, sind nicht vorgetragen worden.

e) Das – durch §203 StGB geschützte – Recht des Beklagten auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 GG; vgl. BVerfGE 65, 1, 41 ff; 84, 192, 194) wird im vorliegenden Falle nicht verletzt. Als Mitarbeiter des Rechtsanwalts S. war der Kläger im Rahmen des Anwaltsvertrages tätig, den der Beklagte mit Rechtsanwalt S. geschlossen hatte; insofern hat der Kläger von den Angelegenheiten des Beklagten und den damit verbundenen geheimen Tatsachen innerhalb der vom Beklagten bestimmten Grenzen und damit in rechtlich zulässiger Weise Kenntnis genommen. Wenn diese Kenntnisnahme gemäß dem Klagevortrag umfassend war, so hat Rechtsanwalt S. durch die Abtretung der Honorarforderungen unter Übergabe der Handakten kein Geheimnis des Beklagten gebrochen,

so daß der Beklagte keiner Weitergabe von Geheimnissen zuzustimmen brauchte. Dieser wird durch die Schweigepflicht des Klägers geschützt (§ 203 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3 StGB), soweit nicht die Durchsetzung der abgetretenen Honorarforderungen eine Offenbarung von geheimen Tatsachen unumgänglich macht.

Inzwischen hat der Gesetzgeber die Abtretung einer anwaltlichen Honorarforderung an einen Rechtsanwalt allgemein erleichtert (§ 49 b Abs. 4 BRAO n. F.).

Notarhaftung

- Überwachung der Kaufpreiszahlungen
- selbständige Betreuungspflicht, § 24 BNotO
- Verjährungsbeginn, § 852 BGB
- Nichtannahmebeschluß des BGH
v. 13.7.1995 – IX ZR 176/94, S. 290
(OLG Köln, Urt.v. 25. 8. 1994 – 7 U 43/94)

Leitsätze:

1. Ein Notar, der in einem Grundstückskaufvertrag angewiesen wird, den Antrag auf Eigentumsumschreibung erst zu stellen, wenn ihm die Zahlung des Kaufpreises nachgewiesen ist, verletzt seine Amtspflichten, wenn er aufgrund der Mitteilung der bei der Beurkundung des Vertrags für den Verkäufer als Vertreter ohne Vertretungsmacht auftretenden Person, der Kaufpreis sei bezahlt, den Umschreibungsantrag einreicht.

2. Bei einer derartigen Amtspflichtverletzung steht dem Notar das Verweisungsprivileg gem. § 19 I 2 BNotO nicht zu, da die verletzte Pflicht in den Bereich der betreuenden Tätigkeit gem. § 24 BNotO fällt.

3. Für den Beginn des Laufs der Verjährungsfrist ist in Fällen dieser Art – neben der Kenntniserlangung des Verkäufers von den für den Verjährungsbeginn maßgebenden Tatsachen – der Zeitpunkt der Eigentumsumschreibung von Bedeutung, da mit ihr die Verschlechterung der Vermögenslage des Verkäufers bereits eingetreten ist.

Tatbestand:

Die Klägerin nimmt den Beklagten auf Schadenersatz wegen Amtspflichtverletzung in Anspruch.

Die Klägerin war Eigentümerin zahlreicher im westdeutschen Raum gelegener Grundstücke, die sie in den 80er Jahren nach und nach unter Einschaltung verschiedener Notare veräußerte. Ihre Interessen nahm dabei ihr damaliger Rechtsanwalt E. wahr, der jeweils mit den Käufern verhandelte, die Beurkundung der Kaufverträge vorbereitete und mit den Notaren den bei der Abwicklung der Verträge anfallenden Schriftverkehr führte. Bei der Beurkundung selbst trat er für die Klägerin jeweils als Vertreter ohne Vertretungsmacht auf. Den Kaufpreis zahlten die Käufer regelmäßig auf ein Konto des beurkundenden Notars, der die nach Enthftung der Grundstücke zu Gunsten der Klägerin verbleibenden Restbeträge auf ein von E. bei der Volksbank eingerichtetes „Anderkonto H.“ überwies. E. leitete davon nur einen geringen Teil an die Klägerin weiter. Er veruntreute rund 2,3 Millionen DM. Die Klägerin hat gegen ihn erfolglos die Zwangsvollstreckung betrieben.

Der Beklagte beurkundete für die Klägerin am 16.10.1987 einen Kaufvertrag über mehrere Eigentumswohnungen. Der Kaufpreis betrug 460.000,- DM. Der Beklagte wurde unter Ziffer II./4. der Urkunde angewiesen, „den Antrag auf Eigentumsumschreibung beim Grundbuchamt erst zu stellen, wenn ihm die Zahlung des Kaufpreises nebst eventuellen Zinsen nachgewiesen oder die Zahlung sichergestellt ist.“

Mit der Finanzierung des Kaufpreises beauftragten die Käufer die Stadtparkasse. Diese zahlte einen Teilbetrag von 272.189,22 DM zum Zwecke der Ablösung von Grundpfandrechten unmittelbar an ein Kreditinstitut in S. Den nach Verrechnung mit Mieten und Kosten verbleibenden Restkaufpreis in Höhe von 171.268,18 DM überwies sie auf das Konto E. bei der Volksbank B. Mit Schreiben vom 26.1.1988 teilte E. dem Beklagten mit, daß die Eigentumsumschreibung erfolgen könne, da der Kaufpreis „bezahlt“ sei. Der Beklagte beantragte daraufhin beim Grundbuchamt die Umschreibung des Eigentums, die im März 1988 vorgenommen und

der Klägerin mitgeteilt wurde. E. leitete den von ihm vereinnahmten Geldbetrag nicht an die Klägerin weiter.

Die Klägerin hat dem Beklagten vorgeworfen, seine Amtspflichten verletzt zu haben, indem er die Eigentumsumschreibung herbeigeführt habe, ohne sich die Zahlung des Kaufpreises in der gebotenen Form nachweisen zu lassen. E. sei zur Abgabe der von ihm erteilten Empfangsbestätigung nicht bevollmächtigt gewesen.

Der Beklagte hat Klageabweisung beantragt. Er hat geltend gemacht, er habe auf die Richtigkeit der von E. erteilten Bestätigung vertrauen dürfen, da die Klägerin den Vertrag genehmigt und E. auch zur Vornahme anderer Handlungen bevollmächtigt habe. Der Beklagte hat ferner die Einrede der Verjährung erhoben.

Das Landgericht hat die Klage mit Urteil vom 28.9.1993 abgewiesen. Es hat gemeint, es könne offenbleiben, ob die Käufer mit befreiender Wirkung an E. gezahlt hätten. Sei dies der Fall, dann sei der Beklagte auch verpflichtet gewesen, die Eigentumsumschreibung herbeizuführen. Andernfalls liege zwar eine Amtspflichtverletzung vor, der Klägerin sei dann aber kein Schaden entstanden, weil ihr Kaufpreisanspruch nicht erloschen sei und gegen die Käufer noch durchgesetzt werden könne.

Gegen das ihr am 12.10.1993 zugestellte Urteil hat die Klägerin mit einem am 12.11.1993 eingegangenen Schriftsatz Berufung eingelegt und diese innerhalb der bis zum 14.3.1994 verlängerten Frist begründet. Sie verfolgt ihren erstinstanzlichen Antrag weiter und wiederholt dazu ihr früheres Vorbringen. Im übrigen meint sie, sie sei entgegen der Auffassung des Landgerichts auch dann geschädigt, wenn ihr Kaufpreisanspruch nicht erloschen sei; denn es sei ungewiß, ob sie die Käufer noch mit Erfolg in Anspruch nehmen könne. Insoweit sei mindestens eine Vermögensgefährdung gegeben, die sie im Wege der Feststellungsklage geltend machen könne. Die Klägerin beantragt daher hilfsweise,

festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet ist, ihr den Schaden zu ersetzen, der ihr im Falle

einer fruchtlosen oder teilweisen fruchtlosen Zwangsvollstreckung aus dem notariell beurkundeten Kaufvertrag vom 16.10.1987 ... gegen die dortselbst benannten Käufer ... entsteht.

Der Beklagte beantragt die Zurückweisung der Berufung.

Wegen aller Einzelheiten des Sach- und Streitstandes einschließlich des genauen Inhalts der gestellten Anträge wird auf das angefochtene Urteil und auf die in der Berufungsinstanz gewechselten Schriftsätze sowie auf das Protokoll der Senatssitzung vom 16.6. Bezug genommen.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist zulässig, hat aber in der Sache keinen Erfolg.

Die Klageabweisung ist jedenfalls im Ergebnis gerechtfertigt, da etwaige Ansprüche der Klägerin verjährt sind.

1. Allerdings ist nach Auffassung des Senats der Tatbestand der Amtspflichtverletzung gegeben.

Dem Beklagten oblag die Beachtung der ihm in dem notariellen Vertrag erteilten Auflage, den Antrag auf Eigentumsumschreibung erst zu stellen, **wenn ihm die Zahlung des Kaufpreises „nachgewiesen“ war**, als Amtspflicht. Gegen diese Amtspflicht hat er verstoßen, als er den Umschreibungsantrag beim Grundbuchamt stellte, ohne daß ihm eine Geldempfangsbestätigung der Klägerin vorlag.

Durch das Schreiben E's vom 26.1.1988 wurde die Zahlung des Kaufpreises an die Klägerin nicht nachgewiesen. **Den Inhalt des Schreibens braucht sich die Klägerin nicht als eigene Erklärung zurechnen zu lassen.** Daß E. von ihr bevollmächtigt war, eine derartige Erklärung in ihrem Namen abzugeben, wird von der Klägerin unwiderlegt in Abrede gestellt. Eine entsprechende Vollmachterteilung wird vom Beklagten, dem insoweit die Darlegungs- und Beweislast obliegt, noch nicht einmal in substantiierter Form behauptet. Jedenfalls fehlt es an dem erforderlichen Beweisantritt. Die Voraussetzungen einer **Duldungs- oder Anscheinsvollmacht** liegen nicht vor. Daß E. für

die Klägerin Verhandlungen führte und für sie die Korrespondenz mit dem Beklagten vermittelte, reicht dafür nicht aus. Die Tatsache, daß E. den Kaufvertrag für sie nur als Vertreter ohne Vertretungsmacht abschloß, zeigt vielmehr, daß sie ihm eine umfassende Vollmacht zur Abgabe rechtsgeschäftlicher Erklärungen nicht erteilen wollte. Das war auch für den Beklagten erkennbar.

Im übrigen ist auch zweifelhaft, ob die von E. in dem Schreiben vom 26.1.1988 abgegebene Bestätigung überhaupt eine Erklärung rechtsgeschäftlicher Art darstellt, bei der eine Stellvertretung in Betracht kommt. In einer bloßen Empfangsbestätigung ist regelmäßig, wie namentlich für die Quittung anerkannt ist, keine rechtsgeschäftliche Willenserklärung verkörpert, sondern eine bloße Wissenserklärung, mit der die Erbringung einer Leistung, insbesondere einer Geldzahlung, von dem Empfänger zu Beweis Zwecken bezeugt wird (*BGH JR 1978, 413; Palandt/Heinrichs, BGB, 53. Aufl., § 368 Rdnr. 2*). Eine so verstandene Erklärung konnte E. nur für sich selbst abgeben. Durch das fragliche Schreiben wurde deshalb nur die Zahlung an E. nachgewiesen, dem die Klägerin eine Geldempfangsvollmacht nicht erteilt hatte.

2. Die Klage scheitert auch nicht schon daran, daß die Klägerin sich im Hinblick auf den ihr verbliebenen Kaufpreisanspruch gegen die Grundstückskäufer auf eine **anderweitige Ersatzmöglichkeit** im Sinne des § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO verweisen lassen muß. Eine auf diesen Gesichtspunkt gestützte Klageabweisung (die nur begrenzte Rechtskraftwirkung hätte, vgl. *BGHZ 37, 375*), kommt deshalb nicht in Betracht, weil die verletzte Amtspflicht in den **Bereich der betreuenden Tätigkeit nach § 24 BNotO fällt, für die der Notar uneingeschränkt haftet** (§ 19 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz BNotO).

Unanwendbar ist § 24 BNotO nur auf die sogenannten **unselbständigen Betreuungspflichten**, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Urkundstätigkeit stehen und die auch gebührenrechtlich als bloße Nebengeschäfte im Sinne des § 35 KostO gelten (vgl. *Haug, Die Amtshaftung des Notars, Rdnr. 176*).

Demgegenüber stellt sich die vom Beklagten übernommene Aufgabe im Zusammenhang mit der Eigentumsumschreibung als selbständige Betreuungstätigkeit dar, die auch gebührenrechtlich besonders honoriert wird. Es ist praktisch einhellig anerkannt, daß die Gebühr des § 147 Abs. 1 KostO entsteht, wenn der Notar angewiesen ist, die Umschreibung des Grundbuch auf den neuen Eigentümer erst dann zu betreiben, wenn ihm die Kaufpreiszahlung nachgewiesen oder der Kaufpreis auf seinem Anderkonto eingegangen ist (*OLG Düsseldorf, DNotZ 1975, 374, 375; 1978, 701, 702; KG Jur-Büro 1984, 1556, 1557; Korintenberg/Reimann, KostO, 12. Aufl., § 147 Rdnr. 89 m.w.N.*).

3. Die Klage ist deshalb abzuweisen, weil die vom Beklagten erhobene Verjährungseinrede durchgreift.

Durch die im Januar 1993 eingereichte Klage ist die Verjährung nicht mehr unterbrochen worden, da die dreijährige Frist des § 852 Abs. 1 BGB schon vorher abgelaufen war. Sie hatte bereits im Februar 1989 zu laufen begonnen. Am 22.2.1989 legte E., wie die Klägerin selbst vorgetragen hat, ein „**umfassendes Geständnis**“ ab. **Damit erlangte die Klägerin die für den Beginn der Verjährung erforderlichen Kenntnisse der Tatsachen, aus denen sich ihr Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten ergab.**

Daß E. der Klägerin zusicherte, den von ihm verursachten Schaden zu ersetzen, und ihr gegenüber entsprechende notarielle Schuldanerkenntnisse abgab, steht dem Beginn der Verjährung nicht entgegen. Nach dem eigenen Vortrag der Klägerin handelte sich dabei um nicht mehr als den Versuch E.s, den Schaden „wiedergutzumachen“ (a.a.O.). Daß der Schaden bereits eingetreten war, stellt sie damit selbst nicht in Abrede. Für die Entstehung des Schadenersatzanspruchs, die Voraussetzung für den Beginn der Verjährung ist, reicht es aus, daß sich die Vermögenslage des Betroffenen infolge der Handlung im Vergleich mit dem früheren Vermögensstand verschlechtert hat. **Es muß nicht feststehen, ob der Nachteil auf Dauer bestehen bleibt und damit endgültig wird** (*BGHZ 100, 228, 231; GI 93, 117 = NJW*

1993, 648, 650). Objektiv war die Verschlechterung der Vermögenslage bereits mit der Eigentumsumschreibung eingetreten. Diese war der Klägerin, wie der Beklagte unwidersprochen vorgetragen hat, vom Grundbuchamt mit Schreiben vom 8.3.1988 mitgeteilt worden.

Der von der Klägerin erlittene Schaden läßt sich unter dem Gesichtspunkt der Verjährung auch nicht in verschiedene Vermögensnachteile mit jeweils selbständigem Fristbeginn aufgliedern. Insoweit kommt eine gesonderte Verjährung für den mit dem Hilfsantrag geltend gemachten Schaden, der sich aus einer etwaigen Insolvenz der Käufer ergeben kann, gegenüber dem aus der Insolvenz E's resultierenden Schaden, der Gegenstand des Hauptantrags ist, nicht in Betracht. Es ist anerkannt, **daß der aus einem bestimmten Ereignis erwachsene Schaden verjährungsrechtlich als einheitliches Ganzes aufzufassen ist** (BGHZ 50, 21, 23/24; NJW-RR 1990, 459). Es gilt der „**Grundsatz der Schadeneinheit**“ (BGH GI 93, 117 = NJW 1993, 648, 450). Hiernach wird, wenn eine einzige Verletzungshandlung mehrere Schadenfolgen ausgelöst hat, die Verjährung einheitlich mit dem Eintritt des ersten Schaden in Lauf gesetzt. Es genügt die allgemeine Kenntnis vom Eintritt eines Schaden; wer diese erlangt hat, dem gelten auch solche Schadenfolgen als bekannt, die im Zeitpunkt der Kenntniserlangung nur als möglich voraussehbar waren (BGHZ 33, 112, 116; WM 1978, 331, 332; NJW 1960, 380; WM 1978, 331, 332). Diese Voraussetzung ist hier gegeben. Als E. sein Geständnis abgelegt hatte, kam es für die Beurteilung der Folgen nicht nur auf seine Vermögenslage an. Vielmehr war bei der gebotenen sorgfältigen Prüfung der Rechtslage für die Klägerin auch erkennbar, daß sie möglicherweise noch Ansprüche gegen die Käufer hatte und daß es von der Realisierbarkeit dieser Ansprüche abhing, ob sie durch das Verhalten E.'s einen dauerhaften und endgültigen Schaden erlitten hatte.

(Nichtannahmebeschluß BGH v. 13. 7. 1995
– IX ZR 176/94)

Die Sache wirft klärungsbedürftige Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung nicht auf, und

das Rechtsmittel hat im Ergebnis keine Aussicht auf Erfolg (§ 554 b ZPO).

Zutreffend ist das Berufungsgericht davon ausgegangen, daß die **Übernahme der Überwachung der Zahlung oder Sicherstellung des Kaufpreises eine selbständige Betreuungspflicht des Notars im Sinn von § 24 Abs. 1 Satz 1 BNotO begründet** (vgl. OLG Düsseldorf DNotZ 1975, 374, 375; 1978, 701, 703; KG JurBüro 1984 Sp. 1576, 1557 f m.w.N.; LG Aschaffenburg MittBayNot 1977, 142, 143; LG Krefeld MittRhNotK 1981, 22, 23; auch BayObLG MittBayNot 1979, 248 [LS] – jeweils zu § 147 KostO; Huhn/Schuckmann, BeurkG 2. Aufl. § 53 Rdnr. 46; Korintenberg/Lappe/Bengel/Reimann, KostO 12. Aufl. § 147 Rdnr. 61, 89; Haug, Die Amtshaftung des Notars Rdnr. 176; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 5. Aufl. Rdnr. II 271). Die Subsidiaritätsklausel des § 19 Abs. 1 Satz 2 HS 1 BNotO greift deshalb nicht ein. Dies konnte die Klägerin ohne nennenswerte Schwierigkeiten erkennen. Dann begann die dreijährige Verjährungsfrist des § 852 Abs. 1 BGB ohne Rücksicht auf eine anderweitige Ersatzmöglichkeit im Februar 1989. Zu diesem Zeitpunkt hat die Klägerin nach den rechtsfehlerfrei getroffenen Feststellungen des Berufungsgerichts die erforderliche Kenntnis der Tatsachen erhalten, aus denen sich ein Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten ergab. Entgegen der Ansicht der Klägerin war **mit dem vorzeitigen Verlust ihres Eigentums ungeachtet eines fortbestehenden Kaufpreisanspruchs oder eines Schadenersatzanspruchs gegen E. bereits ein über eine bloße Vermögensgefährdung hinausgehender Vermögensschaden eingetreten** (vgl. BGH Urt. v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92, WM 1993, 251, 255).

GI Leitsätze

Beschlagnahmen bei einer Großbank

Die gerichtliche Bestätigung der für etwa 40.000 Belege aus dem Betrieb einer Großbank angeordneten Beschlagnahmen, deren Bedienstete

der Bank sich der Beihilfe zur Steuerhinterziehung von Kunden schuldig gemacht haben sollen, ist nicht willkürlich und beruht auch nicht auf einer grundsätzlich unrichtigen Anschauung von der Bedeutung der Grundrechte. Die Beschlagnahmen stehen insbesondere mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit in Einklang.

(BVerfG [Kammer], Beschl.v. 13.12.1994

– 2 BvR 894/94 – Wistra 1995, 139)

Fristenkontrolle / Büroversehen / Ersatz für verhinderten Mitar- beiter / Organisationsanweisung

1. Von dem Rechtsanwalt ist zu verlangen, von vornherein durch geeignete organisatorische Maßnahmen Vorsorge dafür zu treffen und sicherzustellen, daß im Fall der Verhinderung eines mit wichtigen Aufgaben (*hier: Mitnahme fristwahrender Schriftsätze zum Einwurf in der Gemeinsamen Briefannahme*) betrauten Mitarbeiters ein Vertreter bestimmt ist und einspringt (vgl. BGH VersR 788, 92; 78, 959 [960]; 85, 574; 87, 617 [618]; 89, 166 [167] = NJW 89, 1157 [1158]).

2. Das Fehlen jeder weiteren Sicherung und Kontrolle, daß auch tatsächlich ein bestimmter Vertreter zur Verfügung steht und einspringt, stellt einen Organisationsmangel dar, wenn ein so bedeutsamer Vorgang wie die Anordnung einer Vertretungsregelung im Fall der Urlaubsabwesenheit eines wichtigen Mitarbeiters nur durch eine mündliche Einzelanweisung an die betreffende Kanzleikraft vermittelt wird, ohne dabei zugleich den Vertreter zu benennen und sich von dessen Kenntnis der Vertretung zu vergewissern.

3. Zu den einfachen und routinemäßigen, auf das Personal zu delegierenden Verrichtungen kann es nicht gezählt werden, daß für den Fall der Verhinderung von Angestellten, die mit wichtigen Aufgaben betraut sind, diese selbst Vorsorge durch die Bestimmung eines Vertreters treffen. Es stellt daher grundsätzlich schon einen Organisationsmangel dar, wenn der Prozeßbevollmächtigte sich nicht selbst vorbehält, den Vertreter für die Mitnahme der Post zu bestimmen.

(KG, Beschl.v. 20.9.1994 – 2 U 2767/94

– VersR 1995, 725)

GI Hinweise

1. Der Dr. Peter Deubner Verlag legt eine STEUER-TELEX-Sonderinformation vor zum neuen Umwandlungssteuerrecht. Das Umwandlungsrecht und das neue Umwandlungssteuergesetz sind am 1.1.1995 in Kraft getreten und bergen eine Vielzahl von nicht geklärten Fragen. Die Arbeit von Ministerialrat Horst Eversberg und Oberregierungsrat Dr. Ingo van Lishaut leitet durch die verschiedenen Umwandlungsarten. Die schwierige Materie wird durch Beispiel nachvollziehbar. (Eversberg/van Lishaut, Das neue Umwandlungssteuerrecht, Dr. Peter Deubner Verlag GmbH, Köln, 1995, ISBN 3-88606-157-4).

2. Der Verlag C. H. Beck legt den Steuerberater-Kalender 1996 vor. Er enthält einen übersichtlich gestalteten Kalenderteil. Es werden daneben steuerrechtliche Informationen zu den wichtigsten Steuerarten und zur Sozialversicherung gegeben. Die Freibeträge, Pausch- und Höchstbeträge werden in ABC-Form dargestellt. Der Kalender enthält auch Gebührentabellen und einen Adressenteil. Es wird ein repräsentativ gestaltetes Buch vorgelegt, das nach Gebrauch zu Erinnerungszwecken aufbewahrt werden sollte. (Steuerberater-Kalender 1996, 272 Seiten, 69,- DM, ISBN 3-406-38567-2).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 12, 1995)

Amtspflichtverletzung

- Verjährungsunterbrechung
= Klage gg. Gewinnfeststellungsbescheid 95, 222
- Vollstreckungsmaßnahme 95, 222

Anerkenntnis

- Information d. Berufs-Haftpflichtversicherers 95, 131

Anscheinsbeweis

- Ursachenzusammenhang, haftungsausfüllender 95, 74

Auskunftsvertrag

- stillschweigender Abschluß 95, 251
- unvollständige A. 95, 252
- = Zwischenvermietung 95, 248
- Vertrauensschaden

Belehrungspflicht d. Notars

- „ins Blaue hinein“ 95, 158
- rechtliche Tragweite 95, 158
- Vorleistung, ungesicherte 95, 158

Auskunft d. Gerichtes

- zum Fristenlauf 95, 42
- zur Zuständigkeit 95, 42

Belehrungspflicht d. StB/WP

- Auftragsinhalt 95, 65
- Beweislast 95, 49, 178
- Dokumentationspflicht? 95, 49, 194
- Eindringlichkeit d. - 95, 178
- Erfolgsaussichten, Rechtsmittel 95, 143
- über Fehler des Vorberaters 95, 53
- Kostenbelastung 95, 143
- Nachprüfung durch StB? 95, 178
- über steuerliche Risiken 95, 30
- = vermeidbare Steuern 95, 30
- relativ sicherster Weg 95, 30
- = Verfassungsmäßigkeit
- ungefragte - 95, 65
- = Auftragsinhalt

Berichtigung (§129 AO)

- unterlassene FA-Prüfung 95, 157

Berufsrecht d. StB

- Teilnahme an mündlicher Prüfung 95, 187
- = Existenzgefährdung

Berufsverbot

- Schuldnerverzeichnis 95, 144

Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag 95, 20, 195
- = pauschale Begründung 95, 195
- = am vorletzten Tag

Beschlagnahmeverbot

- Bankenpfändung 95, 290

Bestandskraft

- Wiederholung eines VA 95, 46

Betriebsaufgabe

- verzögerte - 95, 134

Beweislast

- Fehlberatung 95, 49
- Kausalität 95, 21, 51
- = z. Pflichtverletzung u. Schaden

Bilanz

- Dritthaftung 95, 51
- Testat 95, 51
- = ohne -

Bilanzveröffentlichung

- Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts 95, 39

Buchführungsauftrag

- Belehrungspflicht 95, 233
- = Investitionszulage
- Datenerfassung 95, 131
- = durch Mandanten, Dipl.-Betriebsw.
- Mandantenpflichten 95, 13
- = fehlerhaftes Kassenbuch

Darlegungslast/Regreßanspruch

- Schaden 95, 35
- = Umsatzsteueroption

Dokumentationspflicht?

- über Belehrung 95, 49, 194

Dritthaftung

- stillschweigender Auskunftsvertrag 95, 126
- = Bescheinigung ü. Steuererstattung
- Bilanz 95, 51
- = ohne Testat
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 95, 126
- = Kreditgeber 95, 126
- = Testat

EDV-Fristenkalender

- Ausdruck d. Eingabe 95, 247
- Fehlerprotokoll 95, 247

Fachanwalt

- besondere Kenntnisse 95, 121
- Erfolgsquote Klausuren 95, 121

Finanzgerichtsordnung

- Vertagungsantrag 95, 142

Freie Mitarbeiter

- Prüfungspflicht d. StB 95, 258

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch 95, 43
- = dezentrale - 95, 194
- Eingangsmitteilung d. Gerichtes 95, 94, 195
- Fristausnutzung
- Fristenkontrollbuch 95, 247
- = EDV-gestütztes - 95, 2
- = Telefax 95, 272
- = namensgleiche Parteien 95, 25
- = Vorfristnotierung
- Fristüberwachung durch RA 95, 42
- = Auskunft d. Geschäftsstelle
- Fristversäumnis, unverschuldete - 95, 264
- = Auslandsaufenthalt 95, 221
- = Azubi, falscher Briefumschlag 95, 221
- = Brief an unzuständiges FA/Gericht 95, 194
- = Eingangsmitteilung d. Gerichtes 95, 90
- = Falschadressierung, Auszubildender 95, 239
- = Krankheit 95, 42
- = Postbeförderung, neue Bundesländer
- Information an Mandanten 95, 42
- = Einspruchsentscheidung 95, 42
- = Rückfrage beim Mandanten?
- Organisationsanweisung 95, 291
- = Vertretungsfall
- Postannahme beim Mandanten 95, 182
- = Postleitzahl 95, 44
- = Verlust d. Niederlegungsscheins
- Telefax 95, 2
- = Empfang, Ausdruck 95, 2
- = Fristlöschung 95, 117
- = OK-Vermerk, Sendebericht
- Weisung an Bürokräft 95, 207
- = mündliche

Fürsorgepflicht

- d. Gerichts, § 76 FGO 95, 272

Gesamthand

- Erklärung des Sozius 95, 273
- Verjährungsunterbrechung 95, 273

Geschäftsbücher

- Einsicht in - 95, 168

Gewerbebetrieb

- Infektionstheorie 95, 168
- Konkursverwalter 95, 168

GmbH

- Geschäftsführergehalt, Frist 1.1.1996 95, 39

Grundurteil		Klageschrift	
– Schadenentstehung	95, 21	– Abhandenkommen d. –	95, 246
Haftungsbeschränkung		Konkursverwalter	
– im Treuhandvertrag		– Abgabe d. Steuererklärung	95, 142
= unmittelbare Schäden	95, 183	– gewerbliche Einkünfte?	95, 168
Handakten		– Unternehmensfortführung,	
– Mindestinhalt, StB	95, 199	Versicherungsschutz	95, 20
Hinweispflicht d. Gerichtes, § 139 ZPO		– Vorsteuerabzug	
– Fristverlängerungsantrag	95, 195	= Eigentumsvorbehaltsware	95, 39
– Rechtsprechungsänderung	95, 199	Lohnbuchhaltung	
Honoraranspruch d. RA		– Fahrtkostenerstattung, steuerfrei	95, 131
– Abtretung	95, 168, 282	Lohnsteuerhilfeverein	
– vorzeitige Beendigung des Mandates,		– Mitunternehmereinkünfte	95, 64
§ 13 BRAGO	95, 123	Mandatsniederlegung	
Honoraranspruch d. StB		– Mitteilungspflicht	95, 146
– Arbeitsergebnisse, Vorlagepflicht	95, 199	– rechtswidrige Weisung	95, 124
– Buchführung		Mandatsübernahme	
= Überprüfung und Korrektur	95, 35	– Ermittlungspflicht	95, 235
– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		Mehrfachberufler	
= Unterschrift	95, 272	– Anwendbarkeit der Verjährungsvorschrift	95, 282
– Einnahme-Überschußrechnung,		Mitarbeiter d. StB, WP, RA	
§ 25 StBGebV		– Scheckweiterleitung durch –	95, 17
= Prüfung und Korrektur d. Buchführung,		Mitverschulden	
§ 25 Abs. 2	95, 35	– fehlerhaftes Kassenbuch	95, 13
– Fotokopierkosten, § 17 StBGebV	95, 32	– Kenntnis des Mandanten	
– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		= Investitionen, Steuerersparnis	95, 226
= Angabe d. Rahmensatzes?	95, 78	– Verbandsmitteilungen	95, 259
= Bestimmungsrecht, Auslagenpauschale	95, 13	– Zeitablauf	95, 30
= Bestimmungsrecht, Festlegung	95, 13	– Zurechnung d. Verschuldens d. zweiten RA	95, 3
= Buchführungshonorar	95, 32	Nachbesserung	
= Höchstsatz	95, 78	– Recht d. StB	95, 17
= Lohnbuchhaltung	95, 32	– nach Wechsel d. StB	95, 17
– Kassenbuch	95, 11	Nichtannahmebeschluß	
– nach Kündigung	95, 80	– BGH v. 13. 7. 1995 – IX ZR 176/94	95, 290
– Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV		Nichtzulassungsbeschwerde	
= Sozialversicherungsträger	95, 32	– durch Steuerberatungs-GmbH	95, 2
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		Notar	
= unwirksame Vereinbarung	95, 11	– Amtspflicht	
– Unkostenpauschale, § 19 StBGebV		= zukünftiger Erbe	95, 104
= verschiedene Angelegenheiten	95, 12	– Anderkonto	
= jeder Buchungsmonat	95, 32	= Hinterlegungsanweisung, Änderung d. –	95, 201
– Unterzeichnung d. Rechnung	95, 272	– Belehrungspflichten	
– Zeithonorar		= Erschließungskosten	95, 55
= Angaben, § 13 StBGebV	95, 12	= über Versteuerung eines Spekulations-	
= Führung des Kassenbuchs	95, 11	gewinns	95, 256
= Sonderarbeiten, § 33 Abs. 7 StBGebV	95, 11	– Eigentumsumschreibung	
Investitionszulage		= Kaufpreiszahlung	95, 287
– Auftrag zur Beantragung d. –	95, 233	– Prüfungspflicht	
Kassenbuch		= Kaufpreiszahlung	95, 287
– Scheckverwendung	95, 13	– Rechtsmittel, unterlassenes	
– Vergütung, Zeitgebühr?	95, 11	= Erinnerungen, Mahnungen	95, 104
Kausalität		– Schutzbereich des / § 19 BNotO	95, 104
– Beweislast: siehe dort		– betreuende Tätigkeit, § 24 BNotO	
– Fehler des zweiten RA/Mitverschulden	95, 3	= Eigentumsumschreibung	95, 287
– zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden		– Tätigwerden, unverzögertes	95, 104
= Anscheinsbeweis	95, 74	Parteiverrat, § 356 StGB	
– Schutzzweck		– Sozietät, Mandatsbeschränkung	95, 77
= der Beratungspflicht	95, 75	– Strafsache	95, 64
– Unterbrechung der –	95, 3	– Vollmacht, Auslegung d. –	95, 77
Kenntnis d. Steuerrechts		Praxiswert	
– Praxis d. Finanzverwaltung	95, 276	– Nutzungsdauer	95, 2
– Zeitschriften		– Sozietätsgründung	95, 90
= BStBl = DStR = EFG	95, 15	– Übertragung des –	95, 2
Klageerhebung			
– bedingte –	95, 246		

Praxisveräußerung			
– Honorarabtretung	95, 282		
– weitere Mitarbeit	95, 168		
– weitere Tätigkeit	95, 194		
– Verschwiegenheitspflicht	95, 282		
Prospekthaftung			
– Treuhänder	95, 209		
Prozeßkostenhilfe			
– Unterschrift	95, 2		
Prozessuale Fragen			
– Verfügungsantrag, Attest	95, 142		
Prozeßvergleich			
– Widerruf	95, 93		
– Wiedereinsetzung?	95, 95		
Prozeßvollmacht			
– Widerruf, Vertretungsbefugnis	95, 90		
Prüfungsauftrag			
– Beratung vereinbar?	95, 263		
Prüfungspflicht			
– ungefragte –			
= Auftragsinhalt	95, 65		
Rechtsanwalt			
– Beratungspflichten			
= Beseitigung d. Erbrechts, § 1933 BGB	95, 58		
= Erbvertrag, Rücktritt vom –	95, 58		
= Verjährungsprüfung	95, 16		
= Werkvertrag, Nichterfüllung	95, 69		
– Urkundenprozeß			
= Beschleunigungsinteresse	95, 21		
Rechtsberatung / Rechtsbesorgung			
– Geschäftsmäßigkeit	95, 64		
– durch Verbandsvertreter, Amtsgericht	95, 90		
Rechtsmittelauftrag			
– Erfolgsaussichten	95, 143		
Rechtsprechungsänderungen			
– Aussetzung, Vorauszahlungen	95, 220		
– Fristsache, Pflicht z. Weiterleitung	95, 220		
– Kuraufwendungen, Amtsarzt	95, 194		
– Wettbewerbsverbot	95, 272		
Revision			
– bei BFH statt FG	95, 246		
Revisionsbegründung			
– Anforderungen an –	95, 240		
Schaden			
– Betriebsumwandlung	95, 229		
– bei Familienunternehmen	95, 229		
– nach Fristversäumnis	95, 146		
– Kalkulationsschaden, USt	95, 37		
– Pachtnebenkosten, USt	95, 91		
– Sozialversicherungsbeiträge	95, 259		
– Steuervorteile			
= Verwaltungspraxis	95, 276		
– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	95, 82		
– Zinsschaden/abstrakte Berechnung	95, 30		
Schuldnerverzeichnis			
– d. StB	95, 144		
Sozietät			
– Anwaltsnotar u. Wirtschaftsprüfer	95, 264		
– Erklärung des Sozios	95, 273		
Steuerberaterprüfung			
– berufspraktische Vorbildung	95, 90		
Steuerberatungsgesetz			
– § 46 Abs. 3 Nr. 2			
Vermögensverfall	95, 144		
– § 57a			
= Anzeige, Tagespresse	95, 206		
– Buchhalter	95, 90, 142		
– Betriebswirt	95, 142		
StB-GmbH			
– ausländische	95, 64		
Steuerberater			
– ausländischer –	95, 264		
– gewerbliche Einkünfte	95, 168		
Steuerberatungsvertrag			
– Auflösung des –			
= Mitteilungspflicht	95, 146		
– Inhalt d. –	95, 65		
– Laufzeit d. –	95, 80		
= Jahreshonorar	95, 80		
– Nachbesserungsrecht	95, 17		
– Pflicht z. Steuerzahlung?	95, 26		
Steuergesetze			
– Verfassungswidrigkeit	95, 30		
Steuerhaftung			
– d. GmbH-Geschäftsführers	95, 100		
= StB-Verschulden	95, 246		
Steuerhinterziehung			
– Körperschaftsteuer	95, 168		
– Vorsatz	95, 168		
Steuerschuld			
– Zahlung d. –			
= Verantwortungsbereich d. StB?	95, 26		
Steuerzahlung			
– durch Steuerberater?	95, 17		
Streitgenossenschaft			
– Rechtskraft	95, 199		
Telefax			
– Ausdruck im Empfangsgerät	95, 2		
– Fristlöschung	95, 2		
– Funktionsfähigkeit b. Justizbehörde	95, 254		
– Zugangsnachweis			
= OK-Vermerk, Sendebericht	95, 117		
Treuhänder			
– Haftungsbegrenzung			
= unmittelbarer Schaden	95, 183		
= Prospekthaftung d. –	95, 209		
= Verjährung von Regreßansprüchen			
= Rechtsanwalt, § 51a BRAO	95, 214		
= Steuerberater, § 68 StBerG	95, 10		
Umdeutung			
– NZB in Revision	95, 246		
Umsatzsteuer			
– Optionsschaden	95, 35		
– Pachtumlagen, Schaden	95, 91		
– Rechnungsberichtigung	95, 146		
– Steuerausweis, unberechtigter			
§ 14 Abs. 3	95, 142, 146		
– tatsächliche Verständigung	95, 142		
Umwandlung			
– konsolidierte Schadenbetrachtung	95, 229		
Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB			
– FG-Klage	95, 222		
– Verzicht durch Sozios	95, 273		

Unterschrift		Weisung d. Mandanten	
– Klageschrift	95, 246	– Bindung?	95, 49, 194
– PKH-Antrag	95, 2	– unsachgemäße –	95, 124
Urkundenprozeß		Werbeverbot	
– Aktenbeiziehung	95, 21	– Anzeigen, Tagespresse	95, 206
– Beschleunigungsinteresse	95, 21	– Auslegung § 57a StBerG	95, 206
		– Tätigkeitshinweise	95, 240
Verdeckte Gewinnausschüttung		Wettbewerbsverbot	
– Fehlbuchungen, Scheckverwendung	95, 13	– Karenzentschädigung	
– Selbstkontrahierungsverbot	95, 39	= Abfindung statt –	95, 240
Verfassungsmäßigkeit		Widerruf	
– d. Steuergesetze	95, 30	– Prozeßvergleich	95, 93
Vergleichsverwalter		Wiedereinsetzung	
– Honorarschuldner f. Bilanz?	95, 102	– Antrag	
		= Frist d. –	95, 76
Verjährung (§ 51 BRAO)		– Berufungsbegründungsfrist, s. dort	
– Sekundäranspruch		– Fristenkontrolle, s. dort	
= neuer RA	95, 29	= Kompensationsverschulden	
– Verjährungsbeginn		d. Gerichts/FA	95, 246
= Fristablauf	95, 3, 27	– Glaubhaftmachung	95, 20
= Kosten d. Vorprozesses	95, 28	– bei Prozeßvergleich?	95, 95
= Wiedereinsetzung	95, 28		
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51a WPO)		Wintergeld	
– Bautreuhänder	95, 10	– Ausschußfrist	95, 42
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und		Zeugnis	
und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		– an Arbeitnehmer	95, 264
= Anlaß für –	95, 134	Zinsschaden	
= Ende d. Belehrungspflicht		– abstrakte Berechnung	95, 30
anwältliche Vertretung	95, 273	Zugang	
= Mandatsende, neuer Steuerberater	95, 169	– Abhandenkommen nach –	95, 246
– Verjährungsbeginn		– Beweis durch Finanzamt	95, 220
= Bekanntgabe d. Steuerbescheides	95, 169	Zurückbehaltungsrecht	
= Bestandskraft d. Steuerbescheides	95, 169	– Honorarforderung	95, 264
= Betriebsaufgabe, verzögerte	95, 134	Zustellung	
= Fristablauf	95, 3	– Empfangsvollmacht	
= Prozeßfehler	95, 169	= Beendigung der –	95, 42
= Teilschaden	95, 220	= Treu und Glauben über –	95, 98
Verjährung (§§ 839, 852 BGB)		– durch Mitteilung über Niederlegung	
– Unterbrechung der –		= Verlust der –	95, 45
= FG-Klage	95, 222		
– Verjährungsbeginn			
= Eigentumsumschreibung			
Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts		BGH v. 16.12.1993 – IX ZR 30/93	95, 91
– Bilanzveröffentlichung	95, 39	= WM 1994, 602 = NJW-RR 1994, 535	
		= VersR 1994, 824	
Verschwiegenheit		BGH v. 8.2.1994 – VI ZR 286/93	95, 39
– Abtretung d. Honorarforderung	95, 168, 282	= wistra 1994, 301 = NJW 1994, 1281	
– Einsicht in Geschäftsbücher	95, 168	= VersR 1994, 570 = DStR 1994, 733	
– Entbindung von –		BGH v. 2.3.1994 – VIII ZR 14/93	95, 9
= Konkurs der GmbH	95, 255	= NJW 1994, 1864 = WM 1994, 1076	
Versicherungsschutz		= VersR 1994, 949	
– Bindungswirkung d. Haftpflichturteils	95, 150	BGH v. 24.3.1994 – I ZB 1/94	95, 20
= sog. Voraussetzungs-Identität	95, 150	= NJW 1994, 1878	
– Konkursverwalter	95, 20	BGH v. 28.4.1994 – IX ZR 161/93	95, 55
– wissentliche Pflichtverletzung		= NJW 94, 2283 = WM 94, 1673	
= Darlegungslast		= VersR 94, 1310 = BB 94, 1958	
Versorgungswerk, Rechtsanwälte		BGH v. 29.4.1994 – VZR 62/93	95, 2
– Pflichtmitgliedschaft		= NJW 1994, 1879 = VersR 94, 1494	
= geringfügige Beschäftigung	95, 64	BGH v. 4.5.1994 – XII ZB 21/94	95, 2
Vertragungsantrag		= NJW 1994, 2097	
– Attest	95, 142	BGH v. 26.5.1994 – III ZB 11/94	95, 42
Verwaltungsakt		= VersR 1995, 71 = MDR 1994, 1250	
– Wiederholung eines –	95, 46	BGH v. 7.6.1994 – 5 StR 85/94	95, 77
Vollmacht		= BGHSt 40, 188 = NJW 1994, 2302	
– Auslegung d. –	95, 77		

BGH v. 8. 6. 1994 – VIII ZR 103/93 = NJW 1994, 2228 = DStR 1994, 1201 = VersR 1994, 1360	95, 183	BGH v. 28. 9. 1995 – IX ZR 158/94 BGH v. 28. 9. 1995 – IX ZR 227/94	95, 276 95, 273
BGH v. 9. 6. 1994 – IX ZR 125/93 = BGHZ 126, 217 = NJW 1994, 3295 = VersR 1994, 1231	95, 21		
BGH v. 15. 6. 1994 – IV ZB 6/94 = NJW 1994, 2898 = VersR 1995, 73 = BB 1994, 1815	95, 44	OLG Düsseldorf v. 2. 12. 1993 – 13 U 25/93 OLG Düsseldorf v. 20. 1. 1994 – 13 U 102/93 OLG Düsseldorf v. 16. 6. 1994 – 13 U 177/93 OLG Düsseldorf v. 16. 6. 1994 – 13 U 207/93 OLG Düsseldorf v. 16. 6. 1994 – 13 U 218/93 OLG Düsseldorf v. 7. 7. 1994 – 18 U 29/94 OLG Düsseldorf v. 21. 7. 1994 – 13 U 196/94 OLG Düsseldorf v. 21. 7. 1994 – 13 U 220/93 OLG Düsseldorf v. 11. 10. 1994 – 17 W 63/94 = StBg 1995, 217	95, 13 95, 11 95, 80 95, 32 95, 143 95, 201 95, 102 95, 100 95, 168
BGH v. 16. 6. 1994 – V ZB 12/94 = NJW 1994, 2299 = VersR 1995, 237	95, 42	OLG Düsseldorf v. 13. 10. 1994 – 13 U 200/93	95, 226
BGH v. 16. 6. 1994 – I ZR 66/92	95, 116	OLG Düsseldorf v. 7. 7. 1995 – 13 U 163/93	95, 199
BGH v. 6. 7. 1994 – VIII ZB 26/94 = NJW 1994, 2551 = VersR 1994, 1325	95, 25	OLG Frankfurt v. 6. 10. 1993 – 17 U 222/92 = VersR 1994, 1175	95, 20
BGH v. 6. 7. 1994 – VIII ZB 12/94 = NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362	95, 76	OLG Frankfurt v. 13. 10. 1993 – 21 U 145/92	95, 17
BGH v. 11. 7. 1994 – AnwZ (B) 3/94	95, 121	OLG Frankfurt v. 19. 5. 1994 – 26 U 134/93	95, 27
BGH v. 13. 7. 1994 – IV ZR 294/93 = NJW 1995, 51	95, 58	OLG Frankfurt v. 7. 2. 1995 – 8 U 65/94	95, 229
BGH v. 14. 7. 1994 – VII ZB 7/94 = NJW 1994, 2958	95, 90, 221	OLG Hamburg v. 5. 9. 1992 – 11 U 96/91	95, 258
BGH v. 14. 7. 1994 – IX ZR 204/93 = NJW 1994, 2882 = WM 1994, 2162 = BB 1994, 1961 = DStR 1994, 1748	95, 3	OLG Hamm v. 2. 2. 1994 – 25 U 96/93	95, 126
BGH v. 27. 9. 1994 – XI ZB 9/94 = NJW 1994, 3235	95, 43	OLG Hamm v. 9. 3. 1994 – 32 U 135/93	95, 90
BGH v. 20. 10. 1994 – IX ZR 116/93 = NJW 1995, 449 = WM 1995, 398 = VersR 1995, 212	95, 70	OLG Hamm v. 27. 5. 1994 – 25 U 171/93	95, 51
BGH v. 27. 10. 1994 – IX ZR 12/94 = NJW 1995, 330 = WM 1995, 118 = VersR 1995, 305	95, 158	OLG Hamm v. 1. 6. 1994 – 25 U 196/93	95, 53
BGH v. 17. 11. 1994 – VII ZB 12/94 = NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362	95, 98	OLG Hamm v. 22. 6. 1994 – 25 U 125/93	95, 35
BGH v. 1. 12. 1994 – IX ZR 131/94 = NJW 1995, 521 = VersR 1995, 297	95, 93	OLG Hamm v. 29. 6. 1994 – 25 U 61/93	95, 30
BGH v. 1. 12. 1994 – III ZR 93/93 = NJW 1995, 1025	95, 209	OLG Hamm v. 30. 11. 1994 – 25 U 112/93	95, 131
BGH v. 7. 12. 1994 – VIII ZR 153/93	95, 117	OLG Karlsruhe v. 8. 3. 1994 – 3 U 45/93	95, 123
BGH v. 19. 12. 1994 – II ZR 174/94 = VersR 1995, 810	95, 264	OLG Karlsruhe v. 10. 11. 1994 – 11 U 87/93	95, 146
BGH v. 26. 1. 1995 – IX ZR 10/94 = NJW 1995, 958 = DB 1995, 624 = MDR 1995, 416	95, 65	OLG Karlsruhe v. 22. 12. 1994 – 18 a U 12/94 – n. rkr.	95, 233
BGH v. 9. 2. 1995 – 5 StR 722/94 = Wistra 1995, 191	95, 168	OLG Köln v. 1. 12. 1993 – 11 U 78/93	95, 17
BGH v. 16. 2. 1995 – IX ZR 15/94	95, 248	OLG Köln v. 7. 1. 1994 – 20 U 107/93 – rkr. = StB 1995, 229	95, 272
BGH v. 6. 3. 1995 – II ZB 1/95	95, 254	OLG Köln v. 29. 4. 1994 – 19 U 201/93	95, 16
BGH v. 22. 3. 1995 – VIII ZB 2/95	95, 207	OLG Köln v. 1. 6. 1994 – II U 244/93 = StB 94, 425	95, 49
BGH v. 23. 3. 1995 – VII ZB 3/95	95, 247	OLG Köln v. 25. 8. 1994 – 7 U 43/94	95, 287
BGH v. 11. 5. 1995 – IX ZR 130/94 – Vorinstanz OLG Hamm v. 22. 6. 1994 – 25 U 72/89 = GI 1995, 35 = NJW 1995, 2108	95, 178	OLG Köln v. 26. 8. 1994 – 19 U 246/93	95, 78
BGH v. 11. 5. 1995 – IX ZR 140/94 = NJW 1995, 2108	95, 169	OLG Köln v. 24. 11. 1994 – 7 U 204/93, n. rkr.	95, 104
BGH v. 13. 6. 1995 – IX ZR 203/94	95, 256	OLG München v. 25. 11. 1993 – 29 U 1854/93 = RBeistand 94, 93	95, 64
BGH v. 22. 6. 1995 – LwZB 1/95	95, 272	OLG München v. 19. 7. 1994 – 25 U 2355/94 – rkr. = StB 1995, 114	95, 220
BGH v. 6. 7. 1995 – III ZR 145/94	95, 222	OLG Nürnberg v. 8. 12. 1994 – 8 U 1673/94 – rkr.	95, 150
BGH v. 10. 8. 1995 – IX ZR 220/94	95, 282	OLG Nürnberg v. 23. 2. 1995 – 3 U 263/95	95, 206
		OLG Oldenburg v. 22. 5. 1991 – 3 U 13/91	95, 235
		OLG Oldenburg v. 17. 12. 1993 – 6 U 165/93 – rkr.	95, 26

OLG Zweibrücken v. 27.5.1994 – 1 Ss 12/94 = wistra 1994, 311 vgl. in diesem Heft S. 77	95, 64	BFH v. 21.6.1994 – VII R 34/92 = LEXinform 0109857 = Steuertextex = BStBl 95 II, 230	95, 116 4526
LG Aachen v. 11.5.1994 – 10 O 369/93	95, 134	BFH v. 29.6.1994 – I R 105/93 = BFHNV 1995, 109	95, 194
LG Bielefeld v. 27.9.1994	95, 82	BFH v. 7.7.1994 – X B 152/94 = BFH NV 1995, 228	95, 116
LG Hamburg v. 26.5.1993 – 326 O 559/92	95, 15	BFH v. 13.7.1994 – VIII R 23/94 = BFH/NV 1995, 231	95, 246
LG Konstanz v. 13.1.1995 – 1 HO 87/93 = WPK-Mitt 95, 102	95, 263	BFH v. 10.8.1994 – I R 133/93 = Lexinform 0126038 = Steuer-Telex 5012	95, 168
LG Saarbrücken v. 26.5.1995 – 8 Qs 73/95 = wistra 1995, 239	95, 255	BFH v. 11.8.1994 – IV R 126/91 = StBg 1995, 36 = Lexinform 019854 = Steuer-Telex 4515	95, 168
LG Stuttgart v. 23.11.1993 – 14 StL 17/93 = SBK Rheinland-Pfalz 1995/3, 8	95, 264	BFH v. 23.8.1994 – V II R 143/92 = LEXinform 0126041 = Steuer-Telex 5017	95, 142
LG Weiden v. 7.7.1994 – 1 O 340/94 – n.rkr.	95, 37	BFH v. 30.8.1994 – VII R 101/92 = LEXinform 0126277	95, 246
FG Berlin v. 7.6.1993 – VIII 344/91	95, 42	BFH v. 8.9.1994 – V R 70/91 = BStBl 1995, 32	95, 142
FG Brandenburg v. 14.12.1994 – 2 K 518/94 StB – rkr.	95, 144	BFH v. 5.10.1994 – I R 50/94	95, 246
FG Brandenburg v. 13.5.1995 – 2 V 149/95 StB	95, 187	BFH v. 13.10.1994 – VII R 37/94 = BStBl II 1995, 10	95, 64
FG Hamburg v. 28.9.1993 – III 272/92 – nrkr. = Stbg 1994, 197	95, 64	BFH v. 25.10.1994 – VII R 14/94 = BStBl 1995 II, 210	95, 142
FG Hamburg v. 7.10.1993 – II 13/93	95, 46	BFH v. 29.6.1994 – I R 105/93 = BFHNV 1995, 109	95, 194
BFH v. 22.6.1992 – IV R 125/91 = BFH/NV 94, 553	95, 20	BFH v. 27.12.1994 – X B 289 – 292/93 = BFH/NV 1995, 703	95, 272
BFH v. 6.10.1993 – X B 85–86/93 = LEXinform 0119247 = Steuertextex 4525	95, 116	BAG v. 3.5.1994 – 9 AZR 606/92 = WPK-Mitt. 1995, 57	95, 240
BFH v. 18.1.1994 – IX B 126/93 = BFH/NV 1994, 871	95, 246	BAG v. 27.9.1994 – 2 AZB 18/94, 17 Sa 227/94 = LAG Düsseldorf	95, 195
BFH v. 11.2.1994 – VIII B 83/93 = LEXinform-Dokumentnr. 0119218	95, 2	BVerwG v. 21.2.1994 – 1 B 19/93 = RBeistand 94, 99	95, 64
BFH v. 18.2.1994 – XI R 51/93 = BFH/NV 1994, 837	95, 220	BVerfG v. 13.12.1994 – 2 BvR 894/94 = Wistra 1995, 139	95, 290
BFH v. 24.2.1994 – IV R 33/93 = LEXinform 0119036 = Steuer-Telex 2810	95, 90	BVerfG v. 15.11.1994 – 1 BvR 1969, 91 = NJW 1995, 712	95, 240
BFH v. 2.3.1994 – I R 134/93, I S 18/93 = BFH/NV 1995, 121	95, 240	BVerfG v. 25.11.1994 – 2 BvR 852/93 = NJW 1995, 711	95, 194
BFH v. 15.3.1994 – XI R 89/92 = BFH/NV 95, 74	95, 39	Hess. FG v. 16.3.1994 – 4 V 277/94 – rkr. = EFG 1994, 681	95, 39
BFH v. 30.3.1994 – I R 52/93 = LEXinform-Dokumentnr. 0109695	95, 2	LAG Düsseldorf v. 23.12.1993 – 12 (11) SA 1657/93 = VersR 1994, 1208	95, 20
BFH v. 12.4.1994 – IX R 31/91 = BFH/NV 95, 1	95, 157	Landesozialgericht v. 27.7.1994 – L1 (3) Ar 2593	95, 42
BFH v. 19.4.1994 – VIII R 22/93 = BFH/NV 1995, 222	95, 246	KG v. 20.9.1994 – 2 U 2767/94 = VersR 1995, 725	95, 290
BFH v. 2.5.1994 – X B 124/93 = BFH/NV 1995, 44	95, 90	KG Berlin v. 9.11.1994 – Not 7/94 – n.rkr. = WPK-Mitt 1995, 53	95, 264
BFH v. 4.5.1994 – XI R 104/92 = BFH/NV 95, 46	95, 142	OFD Düsseldorf, VfG v. 6.10.1994 – S 0821 A-St 313 = Steuer-Telex 1994, 706	95, 264
BFH v. 18.5.1994 – I R 111/93 = BStBl 1995, 24	95, 116		
BFH v. 18.5.1994 – I R 109/93 = StBg 1995, 36 = Lexinform 0103850 = Steuer-Telex 4514	95, 168		
BFH v. 1.6.1994 – II R 124/90 = BFH/NV 1995, 128	95, 240		